

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Steinbrück nominiert: Geht die SPD nach rechts? Nach links? Auf Die Linke kommt es an – S. 4*
- *UmFairteilen: Mehr als 40 000 Menschen demonstrieren bundesweit – S. 6*
- *Luxussanierungen in Mannheim: Machtlos gegen Gentrifizierung? – S. 12*
- *Arbeit an einem asbestfreien Europa – S. 15*
- *Studie im Vorfeld der Landtagswahl in Niedersachsen: Assoziationen zwischen politischen Parteien und politikrelevanten Begriffen – S. 21*

Ausgabe Nr. 10 am 5. Oktober 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Zoff um die EU-Bankenunion

Bundespressekonferenz, 5.6. ; www.business-on.de, 11.9.; EU-Kommission Pressemitteilungen vom 12.9.; Spiegel-Online, 13.9. rül. Die seit vier Jahren in der Europäischen Union hin- und hergewälzten Pläne zu einer schärferen Regulierung des Finanzgewerbes haben in den letzten Wochen etwas an Fahrt gewonnen.

Im Sommer hatte Bundeskanzlerin Merkel, bislang eine der hartnäckigen Bremserinnen bei diesem Thema, nach heftigem Druck insbesondere der spanischen und italienischen Regierungen und einem Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Barroso zugestanden, „systemische Banken unter eine spezifische europäische Aufsicht (zu) stellen“.

Mitte September legte die EU-Kommission nun ein Paket von Vorschlägen für einen „einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken im Euroraum“ vor. Das Paket sieht unter anderem vor, der Europäischen Zentralbank ab 1. Januar 2013 „durchgreifende Befugnisse zur Beaufsichtigung aller Banken im Euroraum“ zu übertragen. Nicht dem Euroraum angehörende Länder wie z.B. Polen, Großbritannien, Dänemark und Schweden können sich dieser Aufsicht freiwillig anschließen. Aus Andeutungen der Kommission kann geschlossen werden, dass bis zu 6 000 Banken europaweit von der EZB kontrolliert werden sollen.

Die Nicht-Euro-Länder der EU lehnen diesen Plan ab, weil sie in der EZB nicht vertreten sind und so ihre Banken einer Aufsicht unterstellen würden, über die sie keine Kontrolle haben. Heftigen Widerstand gibt es auch von den deutschen Sparkassen und den deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, die bereits eigene Haftungsverbünde haben, deshalb auch von der Finanzkrise bis heute weitgehend unbeschadet geblieben und fürchten, dass die EU-Kommission bzw. die EZB ihre Haftungsverbünde auflösen wird, so dass sie einen Konkurrenzvorteil gegenüber den Privatbanken verlieren würden. Völlig offen ist auch, ob und in welcher Höhe sich die von der EU-Kommission genannten 6 000 Banken an einem „Sicherungsfonds“ des Bankgewerbes beteiligen müssen, ob Hedgefonds und Privat-Equity-Fonds sich daran ebenfalls beteiligen sollen usw. SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück hat einen Sicherungsfonds der systemischen, d.h. der großen Banken, in Höhe von 200 Milliarden Euro vorgeschlagen. Von Finanzminister Schäuble, der die Bedenken der Nicht-Euro-Staaten und den Widerstand der Sparkassen und Volksbanken unterstützt, sind noch

gar keine Zahlen genannt worden. Von ihm verlautet nur, der Termin 1.1.2013 sei wohl nicht zu halten.

München: Gedenken an 1938 unter Repressionsdruck

Um an die von Hitler mir Kriegsdrohungen am 1. Oktober 1938 bei einer Konferenz in München erpresste Abtretung der Grenzgebiete der Tschechoslowakei an das Deutsche Reich zu erinnern, hatte das „Aktionsbüro Begräbnis der Himmlichen Vier“ im Auftrag einer internationalen Aktionseinheit mit der Musikhochschule einen Mitvertrag geschlossen, der ihr für Samstag, den 29. September 2012 den Ort der Erpressung, damals „Führerbau“, heutige Musikhochschule, zur Durchführung einer Veranstaltung unter dem Motto „Klassenkampf statt Weltkrieg“ überließ.

Völlig unerwartet starteten die Behörden des Freistaats eine Art Gegenkampagne. Zuerst ging man mit Beschlagnahmungen und Hausdurchsuchungen gegen das Werbeblatt zur Veranstaltung vor, auf dem eine historische, vor Hitler warnende Fotomontage von John Heartfield („Hitlers Friedenstaube“) abgebildet ist, die das Hakenkreuzemblem verwendet. Immer wieder werden in Bayern Antifa-Aktive verfolgt, weil sie durch Erinnerung an die Hakenkreuz-Symbolik auf Nazi-Vergangenheit und Nazi-Gefahren hinweisen. Polizeiliche Ermittlungen wirken repressiv. Festnahmen, Hausdurchsuchungen usw. tun ihr Werk, auch wenn am Ende vor den Gerichten Freisprüche folgen. Im konkreten Fall hatten die Ermittlungen vor allem den Zweck, den Vorwand zur Kündigung des Mietvertrags zu liefern. Die Veranstalter mussten den Klageweg beschreiten, nach einer vierstündigen Verhandlung hatten sie Erfolg. Die Kündigung der Räume war rechtswidrig. Eine Zeitlang stand noch die Befürchtung im Raum, der Kanzler werde die Türen der Musikhochschule einfach trotzdem geschlossen halten. Soweit kam es aber nicht. Die Pressemitteilung des Aktionsbüros berichtet vor der Veranstaltung:

„Erst am Samstag früh gab der Kanzler klein bei und ließ die Türen der Musikhochschule öffnen. In fieberhafter Eile begann die Vorbereitung der Veranstaltung um 17 Uhr. An ihr nahm auch der Kanzler der Hochschule teil und konnte sich selbst davon überzeugen, dass sich Kunst und Politik überhaupt nicht ausschließen. Am Schluss, als das „Solidaritätslied“ über das von Zwergen vor einem in einem Glasarg ruhenden Krokodil angestimmte ‚Deutschlandlied‘ gesiegt hatte, weil

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

immer mehr aus dem Publikum gegen das ‚Deutschland über alles‘ ansingen, Jugendliche und Arbeiter die Bühne stürmten, das Krokodil schließlich von der Bühne warfen und auf einer Trompete die ‚Internationale‘ erklang, da klatschte auch der Kanzler mit.“

In eine breitere Öffentlichkeit hat das Ereignis nicht hineinwirken können. Die führenden Kreise in Staat und Landeshauptstadt ziehen es vor, die Vergangenheit der Stadt als Hitlers „Hauptstadt der Bewegung“ wo irgend möglich auszublenden. Die im Politikbetrieb immer noch bedeutsame sudetendeutsche Lobby will die Abtretung der Grenzgebiete der Tschechoslowakei an das Dritte Reich nicht als Unrecht oder gar Verbrechen bewertet wissen. Auf einem anderen Blatt steht, dass die Verarbeitung politischer Ereignisse mit den Mitteln des Theaters Strukturähnlichkeiten herausarbeiten, aber auch überzeichnen kann, wie etwa im Text der von den Veranstaltern publizierten Fotostrecke: „Das war einmal der „Führerbau“ ... und sein Bau- und Hausherr ... Mit seiner Nachfolgerin wird „Deutschland, Deutschland über alles ...“ gesungen ... bis Jugendliche und Arbeiter mit dem „Solidaritätslied“ die Bühne stürmen“. (Bild und weitere Texte siehe: <http://www.himmelschevier.de/FotosVeranstaltung.pdf>)

Möglicherweise können die politischen Fragen, die bei der demokratischen und sozialen Gestaltung des heutigen Europa zu lösen sind, durch symbolische Gleichsetzungen von 1938 mit 2013 nicht konkret gestellt werden. Sie stehen aber im Raum.

Seehofer und Kretschmann beim BR

maf. Nachdem sich in Baden-Württemberg eine grün-rote Landesregierung gebildet hatte, kündigte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer an, die bis dahin engen Beziehungen zwischen beiden Ländern einzufrieren. Inzwischen zeigen sich gegenüber der Bundespolitik gemeinsame Interessenlagen der beiden Länder. Am Rande der Einheitsfeiern präsentierte der Intendant des bayerischen Rundfunks Gottlieb Seehofer und Kretschmann im Schulterschluss. Eine Auswertung der Sendung siehe unter: <http://www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/muenchner-runde/Seehofer-Kretschmann-100.html>

Es zeigten sich vielfältige Gemeinsamkeiten, deren wesentliche Grundlage die positive Haltung beider Ministerpräsidenten zur Rolle der Wirtschaft war, während Seehofer Wirtschaft als Grundlage der Wohlfahrt interessierte, verwies Kretschmann der Wirtschaft die tragende Rolle bei der ökologischen Wende zu. Beide Politiker kennzeichnet damit eine Konzentration auf die



PKK-Verbot als Ursache von gewaltsamen Auseinandersetzungen

www.ulla-jelpke.de, PM, 10.9. „Die gewaltsamen Auseinandersetzungen am Rande eines kurdischen Kulturfestivals haben erneut die Notwendigkeit zur Aufhebung des PKK-Verbots bewiesen“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke. anlässlich des Kurdischen Kulturfestivals in Mannheim, bei dem am Sonntag, den 9. September, rund 180 kurdische Jugendliche und Beamte verletzt wurden. Die Abgeordnete weiter: „Das PKK-Verbot in Deutschland verhindert nicht nur eine demokratische politische Partizipation von Kurdinnen und Kurden in Deutschland. Es ist zudem immer wieder die Ursache von Polizeieinsätzen, bei denen sowohl Kurden als auch Polizisten verletzt werden. Auch die Auseinandersetzungen in Mannheim entzündeten sich offenbar am gewaltsamen Versuch der Polizei, einem Kind eine PKK-Fahne abzunehmen. Die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden müssen endlich die Realität anerkennen, dass die PKK für einen Großteil der Kurden eine legitime Interessensvertretung darstellt. Viele kurdische Familien in Deutschland hatten Opfer im Krieg in Kurdistan zu beklagen, sie haben Verwandte bei der Guerilla oder als politische Gefangene in türkischen Gefängnissen. Auch die nach unterschiedlichen Angaben zwischen 40 000 und 100 000 Festivalteilnehmer in Mannheim haben sich in Sprechchören hinter den von der PKK geführten Freiheitskampf gestellt. Nach fast 19 Jahren seines Bestehens zeigt sich hier das völlige Scheitern des PKK-Verbots, das es innerhalb der EU nur in Deutschland gibt. Denn selbst nach Einschätzung des Verfassungsschutzes ist die PKK trotz Verbots in Deutschland immer stärker geworden. Eine weitere Kriminalisierung und Ausgrenzung politisch aktiver Kurden im Namen des PKK-Verbots behindert eine Integration der über 800 000 in Deutschland lebenden Kurden. Im Interesse einer politischen Lösung der kurdischen Frage in Nahost, aber auch im Interesse des friedlichen Zusammenlebens hier im Land ist die Bundesregierung aufgefordert, hier einen mutigen Schritt zu gehen. Nicht nur die kurdischstämmigen Bürgerinnen und Bürger würden ihr dies danken. Auch die Polizei müsste nicht mehr ihren Kopf für außenpolitische Interessen der deutschen Wirtschaft und der Nato hinhalten.“

normative Seite des Staatshandelns, die der privaten Wirtschaft Spielräume lässt. Beide legten großen Wert auf die Innovationskraft der Wirtschaft und die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung, dabei nahm Kretschmann die scharfe Kurve, die Produktion von – im Prinzip – umweltschädlichen Autos durch deren Verkauf ins Ausland und die Verwendung der Erlöse für die Entwicklung der BRD zum Öko-Musterland zu rechtfertigen. Hier schlägt die katholische Bildung durch (Gott ist so gut, dass er selbst durch das Üble, das er zulässt, Gutes bewirkt).

Ein Gipfelpunkt der Gemeinsamkeit war denn auch das Bekenntnis beider Politiker zu Katholizismus und regelmäßigen Klosteraufenthalten. Eine allzu einseitige Festlegung auf Katholische wurde jedoch durch die Kritik

am Länderfinanzausgleich vermieden, in dem Bayern und Baden-Württemberg eine eher calvinistische Haltung einnehmen. Bayern will bekanntlich klagen, Kretschmann will verhandeln. Da nächstes Jahr der Bundesratsvorsitz an Hamburg übergeht, das auch einzahlt, hofft man, der Hamburger Bürgermeister und SPDler Scholz werde sich dafür engagieren, dass sich Leistung besser lohnt.

Die nachbarschaftlichen Beziehungen und Kooperationsmöglichkeiten zwischen den beiden Bundesländern spielten bei der Begegnung keine Rolle. Man war sich einig, aber weniger miteinander, als gegen Dritte. Es war ein schönes Gegenprogramm zur Ankündigung von Rot-Grün durch Peer Steinbrück. Grüne Wähler können Schwarz sehen.

Geht die SPD nach rechts? Nach links? Auf Die Linke kommt es an

In den kommenden Wochen werden Parteitage der SPD und der Grünen gefallene Entscheidungen über Spitzen- bzw. Kanzlerkandidaturen absegnen, Frau Merkel steht als Kandidatin der Union sowieso fest. Abgeordnete zum Bundestag werden auf Landeslisten und in den Wahlkreisen nominiert. Die Bestimmung von Spitzenpersonal ist dennoch nicht belanglos: Die Parteitage, die über Wahlprogramme entscheiden, übertragen auf diesem Wege Interpretationsmacht. Damit haben die Medien ihre legitimierten Partner, eine Fernwirkung ergibt sich auch auf eventuelle Koalitionsverhandlungen oder auf das Ritual, die Niederlage einzuräumen.

Die Rollen sind also verteilt, das Personal hat die Bühne betreten, ab sofort bestimmt die Frage, wer im Bund gewählt werden soll, ein Jahr lang die politischen Debatten.

Bundestagswahlkampf und Wahlkalender

Der Wahlkampf hat so früh begonnen, weil im Januar die Landtagswahlen in Niedersachsen anstehen. Die Zielsetzungen der Parteien für die Bundestagswahl wirken auf die Wahlentscheidung in Niedersachsen, das Wahlergebnis in Niedersachsen setzt eine Marke für die Bundestagswahl; denn für die geheime Wahlentscheidung der Einzelnen ist nicht nur die eigene Ablehnung und Zustimmung zu politischen Zielen bedeutsam, es ist immer eine Spekulation dabei, wie andere sich entscheiden werden, d.h.: welche Mehrheiten sich bilden können.

Im anlaufenden Bundestagswahlkampf benötigen die Wählerinnen und Wähler vor allem die Information, welche Parteien mit einiger Wahrscheinlichkeit in den Bundestag einziehen werden. Diese Frage ist für die Unionsparteien, die SPD und die Grünen über jeden vernünftigen Zweifel hinaus geklärt. Für die FDP, die Linke, die Piraten und ganz am Ende, die Freien Wähler gibt es Wahrscheinlichkeiten, zu deren näherer Bestimmung die Wahlen zum Landtag in Niedersachsen herangezogen werden.

Es kommt vor, dass Landtagswahlen durch bundespolitische Interessen quasi gegen den Strich gebürstet werden. Die von Steinbrück formulierte Strategie setzt jedoch Rahmenbedingungen, die auch in den Niedersachsenwahlkampf passen. Es geht im Bund wie im Land um eine andere Justierung

der Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft, vom Wirtschaften im öffentlichen Auftrag und in privatem Interesse.

SPD anschlussfähig nach links und nach rechts

Nicht nur nach Auffassung Steinbrücks ist der Einfluss der Märkte auf öffentlichen Angelegenheiten ausgeübt. Seine Härte in Fragen der Besteuerung ist nicht gespielt. Er will zurück zur Finanzierung der Staatsaufgaben durch Steuern, Abgaben und Einnahmen. Der Finanzierung durch Staatsverschuldung sollen so



Landesparteitag Die Linke Niedersachsen Juni 2012

enge Grenzen gezogen werden, dass der Einfluss der Kreditmärkte auf die öffentliche Haushaltsführung marginalisiert wird.

Gegenwärtig hängt in vielen Staaten – weltweit und in der EU – der Vollzug des Haushaltes an der Entwicklung der Kreditzinsen für die Staatsschuld, was eine Quelle der Instabilität und der Bereicherung ist.

Steinbrücks Äußerungen zur Situation Griechenlands zeigen darüber hinaus, wie er die Aufgaben der Politik gegenüber dem Wirtschaftsleben sieht. Wenn er davon redet, dass das Land noch viele Jahre auf Bürgschaft und Zuschuss angewiesen sein wird und bei der Sanierung politischen gesetzten Vorgaben wird folgen müssen, wird deutlich, dass in seinen Augen die öffentliche Hand den Taktstock schwingt, während die berühmte unsichtbare Hand des Marktes in den Hintergrund verwiesen wird.

Von hoher Symbolkraft ist auch die Hartnäckigkeit, mit der der Kandidat Steinbrück das Steuergeheimnis der Familie Steinbrück verteidigt. Er deklariert vor dem Finanzamt und

Punkt. Die Verwertung persönlicher Leistungen als Redner, Autor usw. ist aber beim Inhaber öffentlicher Ämter nicht unproblematisch, denn die Bedeutung seiner Reden und Publikationen ergibt sich auch, ja vielleicht sogar ganz überwiegend aus dem Amt, das ihm übertragen wurde und für das er bereits entschädigt worden ist. Die Problematik ist vor nicht allzu langer Zeit am Fall Wulff vollständig entfaltet worden.

Steinbrücks politische Strategie ist anschlussfähig nach rechts und nach links.

Nach rechts, weil das Gros der Privaten auf geordneten Märkten besser gedeiht, weil auch für die Reichen harte Besteuerung gerade dadurch erträglich wird, dass sich niemand drücken kann, weil die Priorität der Haushaltssanierung zur Kürzung von Sozialleistungen drängt und damit die

Lohnabhängigen dem Markt ausliefert.

Nach links, weil der Weg der Sanierung der Staatsfinanzen durch Verbesserung der Einnahmeseite den Wählerstimmen Gewicht gibt, denn im überschuldeten Staat bewirken Wahlen und Abstimmungen nicht mehr viel, weil die Konzentration auf die Einnahmeseite die Möglichkeit birgt, Verteilungsprozesse zwischen Lohnarbeit und Kapitaleseite nachträglich auszugleichen, weil die Ausgestaltung und Bereitstellung öffentlicher Güter Ausbildung, Arbeit und Leben der Lohnabhängigen erleichtert.

So wie der Kandidat Steinbrück das SPD-Programm interpretiert, sind alle Koalitionen möglich, wenn sie nur irgendwie die Gewichte zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen öffentlichem und privatem Interesse korrigieren. Bei der Niedersachsenwahl im Januar kann sich nun recht gut herausstellen, in welche Richtung die Reise gehen könnte.

Die Linke in der Niedersachsenwahl

Das Wahlprogramm der Linken Nie-

dersachsens wurde bereits im Juni auf einem Parteitag schlussredigiert und verabschiedet. Vorausgegangen waren Debatten in der Mitgliedschaft und mit dem am Dialog interessierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Gewerkschaften, Organisationen der neuen sozialen Bewegungen usw. Als Ergebnis steht ein gut gegliederter und mit Stichwortverzeichnis versehener Katalog von 72 Seiten, in dem die Erfahrungen politischer Bewegung und Arbeit in Institutionen in vorstellba-

re politische Maßnahmen umgemünzt werden.

Das Verfahren der Fixierung politischer Meinung durch Festzurren von Details trägt der Tatsache Rechnung, dass viele politische Interessierte Menschen die Haltung von Parteien an Punkten überprüfen, über die sie Bescheid wissen, weil sie sich auf dem entsprechenden Gebiet engagiert haben. Den Nachteil, dass Festlegungen in – nicht übertrieben – einigen hundert Einzelfragen unübersichtlich

sind, geht das Programm mit einer „Garantieerklärung“ an, in der unter der Überschrift „Nur mit uns wird Niedersachsen sozialer“ gesagt wird, was die Linke nach der Wahl tun will und tun kann. Wir dokumentieren diese Zusammenfassung (siehe unten).

Das politische Grundthema des Wahlprogramms ist der Ruf nach öffentlichen Maßnahmen und Gütern, die Ungerechtigkeiten, die das Marktgeschehen mit sich bringt, ausgleichen. Dabei dienen die befürworteten Maß-

Dokumentiert aus dem Landtagswahlprogramm Die Linke Niedersachsen

Unsere Garantieerklärung: Nur mit uns wird Niedersachsen sozialer

Wir geben zwölf Versprechen ab. Wir garantieren: Wenn Die Linke am 20. Januar 2013 gestärkt wieder in den Landtag einzieht, passiert folgendes:

- Wir ergreifen sofort – wie schon 2008 – eine parlamentarische Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Niedersachsen.
- Wir stellen umgehend einen Antrag auf Abschaffung aller Studiengebühren.
- Wir beantragen die vollständige Umsetzung der Forderungen des „Volksbegehrens für gute Schulen“: Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Jahren, Gleichberechtigung der Gesamtschulen und Wiedereinführung der vollen Halbtagschulen.
- Wir setzen Jahr für Jahr Initiativen für mehr Geschlechtergerechtigkeit auf die Tagesordnung des Landtages, beginnend mit der Einrichtung des 8. März als neuen gesetzlichen Feiertag.
- Wir stehen an der Seite unseres öffentlichen Dienstes. Das Ausbluten muss beendet werden. Unsere Landesbediensteten brauchen mehr Stellen, Arbeitszeitverkürzung und die Wiedereinführung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes.
- Inner- und außerhalb des Parlaments bleiben wir bei unserem energischen Eintreten gegen das Atomüll-Endlager in Gorleben, für die Rückholung des Atomülls aus der Asse und für die Verhinderung von Schacht Konrad als neuem Endlager sowie für eine konsequente Energiewende.
- Wir stellen einen Antrag für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm.
- Wir erarbeiten mit Mieterinnen und Mietern gemeinsam einen detaillierten Antrag für ein Landeswohnungsbauprogramm, damit die Mieten erschwinglicher für alle werden.
- Wir stellen Anträge für eine Verkehrspolitik, durch die Mobilität auch für diejenigen möglich wird, die Lohnersatzleistungen beziehen oder von Niedriglöhnen leben müssen.
- Unsere Schuldenbremse heißt Reichensteuer: Wir sorgen dafür, dass das unsinnige Kreditverbot nicht in

unsere Verfassung kommt und stattdessen die Reichen und die großen Unternehmen stärker besteuert werden. Mit uns gibt es keinen Sozial- und Bildungsabbau.

➤ Wir ergreifen im Landtag und außerhalb Initiativen für eine menschenwürdige Behandlung und Rechte von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten.

➤ Wir versprechen einen niemals erlahmenden Widerstand gegen den weiteren Abbau demokratischer Rechte und gegen neonazistische Banden.

Die vor allem von außen an unsere Partei herangetragene Frage „Regierung oder Opposition?“ stellt sich aus unserer Sicht nicht. Für Die Linke ist dabei die Frage nach einer Regierungsbeteiligung nicht von zentraler Bedeutung. Wir setzen auf die emanzipatorische Kraft der gesellschaftlichen Debatte – die viel bewegen kann, wie beispielsweise der Anti-AKW-Protest gezeigt hat. Deswegen gilt für uns zweierlei: Unsere Wählerinnen und Wähler können sicher sein, dass Die Linke erstens im Parlament jede Initiative unterstützen wird, die das Leben der Menschen in diesem Land verbessert. Wir entscheiden nicht nach politischer Farbenlehre, sondern nach Inhalten. Zweitens wird Die Linke wie bisher vor Ort sichtbar sein und gemeinsam mit allen Interessierten den gesellschaftlichen Druck aufzubauen helfen, der notwendig ist, damit sich im Land wenigstens etwas zum Besseren ändert. Jede Stimme für Die Linke ist daher eine Stimme gegen schwarz-gelb, ist eine Stimme gegen eine Politik der sozialen Kälte.

Sicher ist: Keine Wählerin und kein Wähler bekommt von der SPD oder den GRÜNEN oder einer anderen Partei garantiert, dass sie nicht doch wie in vielen anderen Bundesländern am Schluss mit der CDU koalitiert. Wir sind für die Ablösung der schwarz-gelben Regierung in Niedersachsen und im Bund. Wenn die Alternative dazu nur in einer Regierung von SPD und Grünen besteht, muss ihre Bil-

dung ebenso wie in Nordrhein-Westfalen nicht an unseren Abgeordneten scheitern. Aber wir werden sie nicht pauschal unterstützen oder tolerieren, sondern nur dort, wo ihre Maßnahmen tatsächlich den Interessen der lohnabhängigen und erwerbslosen Mehrheit der Bevölkerung entsprechen.

Wir haben unseren Wahlkampf am 21. Januar 2012 begonnen mit einem „Landespolitischen Ratschlag“, bei dem wir vor allem gehört haben, was Gewerkschaften, außerparlamentarische Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Vertreterinnen und Vertreter sozialer und ökologischer Initiativen von den Linken im Landtag erwarten. Auf der Basis dieser Beratung haben

DARUM!
SOZIALE GERECHTIGKEIT
FÜR NIEDERSACHSEN
 Landtagswahlprogramm 2013

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

wir dieses Wahlprogramm entwickelt. Alle diese Kräfte werden wir – wie wir das vor fünf Jahren ebenfalls gehandhabt haben – eine Woche nach der Landtagswahl für Samstag, den 26. Januar 2013, erneut einladen zu einem „Großen Ratschlag“, auf dem wir mit unseren Wählerinnen und Wählern aus den Gewerkschaften und den sozialen und ökologischen Bewegungen gemeinsam beraten, wie wir das folgende Wahlprogramm in den Jahren 2013 bis 2018 umsetzen. •

nahmen nicht nur dem Interesse von Klientelgruppen. Da sie auf Wahrung der Menschenwürde und das Ziel der persönlichen Entwicklung gerichtet sind, werben sie für einen solidari-schen, auf Gerechtigkeit und Fairness und die Chance der Emanzipation ge-gründeten Typus gesellschaftlicher Kooperation.

Politik als Sozialarbeit? Eine Schwäche – eine Stärke

Linke Politik, auch, aber nicht nur, die Politik der Linkspartei, hat die für die bürgerliche Tradition so wichtige Idee der Gewaltenteilung nicht aufge-griffen und aufgebaut. Erst die Wende hin zum demokratischen Sozialismus hat hierfür Verständnis aufkommen lassen. Die Notwendigkeit einer un-abhängigen Justiz ist heute wohl allen sonnenklar. Die sogenannte vertikale Gewaltenteilung zwischen dem Bund, den Ländern, und bis zu einem ge-wissen Grade, den Gemeinden ist im politischen Denken der BRD-Linken nicht verankert. Sie kommt, wenn überhaupt, höchstens in der entstellten Form des Lokalpatriotismus vor.

Das ist schade, denn es sind die Län-der, die Umfang und Struktur der öffentlichen Einrichtungen und Lei-stungen weitgehend bestimmen, hier werden sachliche Gegebenheiten der Landschaft, der gewachsenen Gewer-be und Industrien, der Kultur und der Tradition politisch verarbeitet. Auf dieses Kerngebiet der Landespolitik wagt sich die linke Politik nicht so recht hinaus.

Es wäre aber schon interessant, wie sich die niedersächsische Linke die Beziehung zu den Niederlanden den-ken könnte, mit denen Niedersachsen weite Grenzräume teilt, welche Ko-operationsmöglichkeiten nach Osten hin sich womöglich aufdrängen, wie man mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen leben will. Ansätze zu sol-chen Fragestellungen finden sich unter dem Gesichtspunkt von Naturschutz. Irgendwie ähnelt die Rolle, die sich die Linke zuschreibt, dem Aufgabenkreis eines Betriebs- oder Personalrates, der Fragen der Produktentwicklung der Geschäftsführung überlässt. Das ist etwas unbefriedigend und kann auf mittlere Frist nicht so bleiben.

Es ist aber die Aufgabe, an der die Linke als Partei, die sich im Januar 2013 um Landtagsmandate in Nieder-sachsen bewirbt, konkret gemessen wird. Je stärker sie im Landtag wür-de, umso nachdrücklicher würde um Struktur und Umfang öffentlicher Gü-ter und Leistungen gestritten.

Gerade die strategische Offenheit der SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Steinbrück schafft eine Situation, in der es – in Niedersachsen und im Bund – auf das Ergebnis der Linken ankommt.

Martin Fochler



In Hamburg sprach auch Alexis Tsipras von der griechischen Linkspartei Synapsismos.

„UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“

Mehr als 40 000 Menschen demonstrieren bundesweit für mehr Gerechtigkeit

5000 bei Kundgebung in Berlin / 6000 in Bochum/ 5000 in Frankfurt am Main/ 7000 in Hamburg/ 4000 in Köln / 3000 in Bremen/ 1000 in München/ 1000 in Trier / 1000 in Bayreuth / 750 in Saarbrücken: Als vollen Erfolg werten die Initiatoren in ihrer Presseerklärung den Aktionstag am Samstag, 29. September 2012, an dem bundesweit in mehr als 40 Städten insgesamt 40 000 Menschen für eine stärkere Besteue-rung von Reichtum und gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau auf die Straßen gingen. Zu den Demonstra-tionen aufgerufen hatte das Anfang August an die Öffentlichkeit getretene Bündnis „Umfairteilen – Reichtum be-steuern“ von Attac, Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren zivil-gesellschaftlichen Initiativen und Or-ganisationen.

Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ gehören bisher auf Bun-desebene über 20 zivilgesellschaftliche Organisationen an: Vom globalisie-rungskritischen Attac und dem Online-Netzwerk Campact, Gewerkschaften wie Verdi und GEW, Sozialverbänden wie Paritätischer Wohlfahrtsverband, SoVD und Sozialverband VdK über die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Migrantenverbände, Jugend- und Stu-dierendenorganisationen bis hin zu den Naturfreunden Deutschlands und der Initiative Vermögender für eine Ver-mögensabgabe. Weitere 30 bundesweit aktive sowie rund 300 regionale Orga-

nisationen und Initiativen unterstüt-zen das Bündnis und mobilisierten für diesen Aktionstag.

Konkret fordert das Bündnis eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, um reiche Haushalte in Deutschland deut-lich stärker als bisher für die Finanzie-rung des Gemeinwesens heranzuzie-hen. Schwerpunktaktionen fanden in Berlin, Bochum, Köln, Hamburg und Frankfurt am Main statt.

In Hamburg nahmen 7000 Menschen aus Hamburg und Schleswig-Holstein und Niedersachsen am Aktionstag „UmFAIRteilen“ teil. Dreieinhalb Ki-lometer lang war die Menschenkette in der Innenstadt. Sie transportierte symbolisch Geldsäcke von den Banken zur anschließenden Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt.

Einer der Redner war Uwe Grund, Vorsitzender des Deutschen Gewerk-schaftsbundes (DGB) in Hamburg: „Es ist ganz deutlich, dass wir in Hamburg genug Reichtum haben. In dieser Stadt leben Deutschlands meiste Millionä-re. Das Geld ist nur falsch verteilt“, sagte er und meinte weiter: „Wichtig ist deshalb, dass wir die Steuergelder konsequent eintreiben und Schlupflö-cher endlich stopfen.“ Sonst schreite die soziale Spaltung weiter fort und führe zu einer Bildung zweier Ghettos in Hamburg – die „Luxus-Ghettos und Beton-Ghettos“.

Eingeladen worden war von der Lin-ken der griechische sozialistische Op-

positionsführer Alexis Tsipras, auf der Abschlusskundgebung des Bündnisses zu sprechen. Seine Botschaft: „Das Geld, was den Arbeitern in Deutschland genommen wird, kommt nicht bei den Griechen an, sondern landet bei

den bankrotten Banken. Die europäische Politik treibt das griechische Volk in die Armut.“ Die Werktätigen müssen für ein soziales und demokratisches Europa kämpfen.

Wir zeigen hier und auf dem Titel

Fotos von der Aktion in Hamburg, die Edda Lechner aufgenommen hat.

Karl-Helmut Lechner

www.taz.de/Streit-im-Buendnis/!102676/;
<http://umfairteilen.de/>

Steag-Beirat in Bochum einstimmig beschlossen

„Energiewende“ regional, wie ist demokratischer Einfluss möglich?

In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte hatten wir über das Steag-Gutachten berichtet und angekündigt, dass die Ratsfraktion der Linkspartei Bochum einen Antrag zur Einrichtung eines kommunalen Beirates bei der Steag einbringen wird. Dieser Antrag ist in der Ratssitzung am 13.9. mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen worden. Demnach sind diestädtischen Vertreterinnen und Vertreter in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Steag jetzt aufgefordert, bis zum Jahresende in ihren Gremien auf einen entsprechenden Beschluss hinzuwirken. Der von verschiedenen Ratsfraktionen der Linkspartei und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer, MdB Die Linke, erarbeitete konkrete Umsetzungsvorschlag wird dabei als ein Beitrag zur Diskussion angesehen. Bereits im Dezember 2010 wurde auf Antrag der Fraktionen von SPD, Grüne und Die Linke in mehreren Städten neben weiteren Punkten die Einrichtung eines solchen Beirates gefordert. Wir dokumentieren im Folgenden aus dem Gestaltungsvorschlag der Linkspartei. *Thorsten Jannoff*

Aufgaben und Zusammensetzung des Beirates der Steag

Chancen für Industriepolitik, Demokratie und gute Arbeit nutzen!

I. Ausgangslage

Mit der Übernahme der Steag-Mehrheit durch ein Konsortium der Stadtwerke haben die Räte der beteiligten Städte die Erwartung verbunden, die Steag perspektivisch zu einer ökologisch, wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch erfolgreichen kommunalen Energie-Erzeugungsplattform weiter zu entwickeln. Als Zielorientierung dieses Umbaus haben sie eine „sichere, preiswerte und umweltschonende Energieversorgung für die Region“ festgeschrieben.

Zugleich haben sich die Räte in ihren Begleitbeschlüssen überwiegend dafür ausgesprochen, einen Beirat bei der Steag einzurichten. Der Beirat soll den Prozess der Umgestaltung für politische und gesellschaftliche Diskussionen und Gestaltungsvorschläge aus der Region öffnen ...

II. Inhaltliche Anforderungen und Aufgaben des Beirates

... Ziel der Beiratsarbeit ist ein möglichst breit getragener Konsens über die Grundrichtung der Entwicklung

des Unternehmens, der auch bei unterschiedlicher Bewertung einzelner operativer Entscheidungen des Unternehmens tragfähig ist.

Als inhaltliche Leitplanken dieser Arbeit haben die Räte der beteiligten Kommunen in ihren Begleitanträgen einige Ziele und Erwartungen konkretisiert:

- Investitionsentscheidungen zum ökologisch geleiteten Umbau des Kraftwerksparks anzuregen,
- die Entwicklung einer konsequenten Strategie der Nachhaltigkeit in der Energieerzeugung und -Vermarktung anzuregen und weiter zu entwickeln
- den Ausbau des Fernwärmenetzes und den Einsatz dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung zu fördern,
- Vorschläge für die Ausrichtung der Investitionsentscheidungen sowie der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf die Stärkung von regionalen und dezentralen Erzeugungsstrukturen zu unterbreiten
- die Formulierung einer nachprüf- und verbindlichen Selbstverpflichtung des Unternehmens zur Einhaltung der OECD-Normen und der ILO-Kernarbeitsnormen bei der Geschäftstätigkeit im Ausland und der Kohlebeschaffung anzuregen und deren Einhaltung zu überwachen.
- Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bei Umstrukturierungen des Kraftwerksparks

Diese – im Wesentlichen technisch gefassten – Anforderungen an die ökologische Weiterentwicklung der Energieerzeugung der Steag gilt es zu verbinden mit:

- dem Interesse der Kommunen an einer auch ökonomisch nachhaltigen Entwicklung
- dem auch regional bedeutsamen Ziel des Erhalts und Ausbaus zukunftsfähiger Beschäftigungsmöglichkeiten für gute Arbeit in einem mitbestimmten und tarifgebundenen Industrieunternehmen ...

III. Zusammensetzung des Beirates

Für die Zusammensetzung und Größe des Beirates schlagen wir deshalb ein mit 20 Mitgliedern arbeitsfähiges Gremium vor ... (Demnach) wäre die Sitzverteilung folgendermaßen: SPD 4, CDU 3, Grüne, Linke und FDP je 1 Sitz. Unabhängig von der Frage des Auswahlverfahrens halten wir für die

Vertretung gesellschaftlicher Interessengruppen die Beteiligung folgender Verbände für sinnvoll:

- dem DGB,
- einer weiteren Einzelgewerkschaft (IG BCE, IG Metall, Verdi),
- der Industrie- und Handelskammer (IHK),
- einer Handwerkskammer,
- einer Umweltorganisation (BUND/NABU),
- einer international tätigen Umweltorganisation,
- einer Verbraucherorganisation,
- sowie drei Wissenschaftler/innen aus der Region ...

IV. Arbeitsweise, Rechte und Pflichten des Beirates

Um seine Aufgaben erfüllen zu können, benötigt der Beirat prinzipiell Zugang zu grundlegenden Informationen zu Unternehmensentwicklung und strategisch relevanten Unternehmensentscheidungen.

Im Binnenverhältnis von Beirat und Unternehmen folgt daraus eine Verpflichtung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Steag zur regelmäßigen Information des Beirates ...

Gegenüber den Räten und der Öffentlichkeit ist hingegen der Beirat in der Pflicht, über die Ergebnisse seiner Tätigkeit aktiv zu informieren. In den Kommunen könnte dies durch eine jährliche Berichtspflicht des Beirates im Rat oder einem zuständigen Fachausschuss institutionalisiert werden. Dieser Bericht soll in öffentlicher Sitzung erfolgen ... Damit der Beirat nicht Beiwerk oder Einbahnstraße bleibt, muss er in die Beratung strategischer Unternehmensentscheidungen vor Vollendung der Tatsachen einbezogen werden und mit einer in der Geschäftsordnung zu regelnden qualifizierten Mehrheit beschlossene eigene Initiativen in die Entscheidungsgremien der Unternehmen einbringen können.

Daraus folgt eine Verpflichtung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat, vor strategischen Unternehmensentscheidungen den Beirat so rechtzeitig zu informieren, dass er eine Stellungnahme dazu abgeben kann ... Schließlich muss die Steag dem Beirat für die Erfüllung seiner Aufgaben angemessene Mittel für die Durchführung von Veranstaltungen und eigene Publikationen sowie die Einrichtung einer mit mindestens zwei Stellen ausgestatteten Geschäftsstelle zur Verfügung stellen.

Spanier fordern Zugang illegaler Einwanderer zum Gesundheitswesen

Wie einem Bericht im „Deutschen Ärzteblatt“ zu entnehmen ist, haben am 1. September Hunderte Menschen in Madrid demonstriert. Ihr Anliegen: uneingeschränkter und kostenloser Zugang von illegalen Einwanderern zum Gesundheitswesen. „Kein Mensch ist illegal“, riefen die Demonstranten. Bis Ende August konnten Menschen ohne Papiere in Spanien durch das gesetzliche Gesundheitssystem behandelt werden. Im Zuge der Kürzungen im Gesundheitswesen – begründet mit der wirtschaftlichen Krise – beschloss die Regierung u.a., dass es für die illegalen Einwanderer eine Beschränkung der Behandlung auf Kinder, Schwangere und in Notfällen geben soll. Tausende von spanischen Ärzten lehnen diese Beschränkungen ab und haben angekündigt, illegale Einwanderer weiter zu behandeln. Auch Krankenschwestern und weiteres medizinisches Personal unterstützen die Position dieser Ärzte. Aufgrund des Widerstands nahm die Regierung die Beschränkung der Behandlung zurück mit der Forderung, die illegalen Einwanderer müssten für ihre Behandlung bezahlen. Der Vorschlag der Regierung lautet, die Herkunftsländer könnten möglicherweise über ein bilaterales Abkommen die Kosten erstatten.

Quelle: Deutsches Ärzteblatt, labournet, 7.9.2012

Spanien: Die Kraft der Empörten

Die Finanzkrise in Spanien hat sich zu einer Krise der Demokratie entwickelt. Im Fokus der Regierung stehen vor allem auch die Gewerkschaften. Europas Krise ist nicht nur eine Krise des Euros, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie. Mit einer Welle der Repression versucht die spanische Regierung seit Monaten, die Protestbewegung im eigenen Land im Keim zu ersticken. Mit brutaler Staatsgewalt wird gegen Demonstrierende vorgegangen. Zahllose Verhaftungen, unter anderem von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, sollen abschrecken. Neue Gesetzesentwürfe sehen vor, selbst friedlichen Protest strafbar zu machen. In einem Video beschreibt der Sekretär für Internationale Politik der Gewerkschaft CCOO u.a.: „Es kann z.B. bedeuten, dass Leute, die sich bei einer friedlichen Demonstration auf den Boden setzen, sich strafbar machen ... Jeder, der auf einer Webseite zur Demonstration aufruft, kann haftbar gemacht werden. ... Wer zu Störung der öffentlichen Ordnung aufruft, kann bestraft werden ... Damit sollen Leute entmutigt werden, sich sozial zu engagieren ... Zur Zeit haben wir den Kniefall der Demokratie vor den Märkten.“

Quelle: www.verdi.de



USA: Kritik an T-Mobile wegen Outsourcing

Die Outsourcing-Strategien von T-Mobile und anderen US-Unternehmen stehen weiterhin in der Kritik. Der demokratische Senator Bob Casey aus Pennsylvania warb auf einer Pressekonferenz in Allentown am 20. August für ein Gesetz, das die Verlagerung von Jobs ins Ausland erschweren soll. Der Senator argumentierte, dass Unternehmen, die Arbeitsplätze in andere Länder verlagern, keine öffentliche Förderung und Kredite mehr erhalten sollten. Auf der Pressekonferenz sprach auch ein ehemaliger Beschäftigter des im Juni geschlossenen Call-Centers der Telekom in Allentown, Barry Lagler. „Es geht hier um die Lebensgrundlage der Leute. Die ist vollkommen auf den Kopf gestellt worden“, kommentierte er die Folgen für die Beschäftigten. Einigen sei zwar vorgeschlagen worden, an andere Standorte zu wechseln, für die meisten war das jedoch völlig unrealistisch. Für Lagler war es schockierend, dass T-Mobile leugnete, die Jobs ins Ausland verlagert zu haben. Dabei hatten Manager den Beschäftigten vor der Schließung Präsentationen gezeigt, in denen die neu ausgebildeten philippinischen Beschäftigten zu sehen waren, die die Arbeit übernommen haben. Den wegen Outsourcing Entlassenen stehen in den USA bestimmte staatliche Hilfsleistungen zu, die die T-Mobile-Beschäftigten somit fast nicht bekommen hätten. Am Ende konnte die Gewerkschaft CWA jedoch durchsetzen, dass der Antrag auf „Trade Adjustment Assistance“, der solche Hilfsleistungen vorsieht, positiv beschieden wurde.

Quelle: <http://www.workbettertogether.org>, 23. August 2012

USA: CWA fordert Gesetz gegen Auslagerung von Call-Centern

„Outsourcing“, die Auslagerung ganzer Betriebsteile in Länder mit niedrigerem Lohnniveau, wird zu einer immer größeren Belastung für die US-Wirtschaft. Ein breites Bündnis, angeführt von der Gewerkschaft Communications Workers of America (CWA), will dieser Niedriglohnstrategie nun einen

Stein in den Weg legen: den Call Center Worker and Consumer Protection Act, ein Gesetz zum Schutz von Beschäftigten und Konsumenten. Offiziellen Angaben zufolge haben die größten US-Unternehmen seit dem Jahr 2000 rund 2,9 Millionen Stellen in den USA gestrichen, während 2,4 Millionen an ausländischen Standorten neu geschaffen wurden. In den letzten sechs Jahren wurden allein eine halbe Millionen Call-Center-Jobs gestrichen. In den meisten Fällen gaben die betroffenen Kommunen zuvor finanzielle Unterstützung für die Ansiedelung der nun verlassenen Standorte. Der Call Center Worker and Consumer Protection Act soll verhindern, dass Unternehmen, die der US-Wirtschaft und den Beschäftigten mit ihrer Niedriglohnstrategie Schaden zufügen, auch noch mit Steuergeldern unterstützt werden. Mehrere Kongressabgeordnete unterstützen den Gesetzesvorschlag bereits aktiv. Ob er im Kongress mehrheitsfähig ist, wird sich noch zeigen.

Quelle: www.workbettertogether.org, 13. September 2012

Wisconsin: Erfolg für Gewerkschaften

Der Bezirksrichter Juan Colas hat im US-amerikanischen Bundesstaat Wisconsin „Act 10“ gestrichen. Mit dem Gesetz hatte der republikanische Gouverneur Scott Walker im vergangenen Jahr das Recht auf kollektive Interessenvertretung abgeschafft. Das einzige Thema, über das Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nach dem Gesetz noch mitreden durften, war die Anpassung der Löhne an die Inflationsrate. In allen anderen Punkten machte das Gesetz die Gewerkschaften mundtot. Das sei verfassungswidrig, befand der Richter Juan Colas in Dane County, Wisconsin. Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssten das Recht haben, über ihre Arbeit, ihre Sicherheit am Arbeitsplatz, ihre Löhne und ihre Urlaubs- und Krankenregelungen mitzureden. Gouverneur Walker kündigte an, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Er bezeichnete Colas als „politischen Aktivist“.

Quelle: <http://www.verdi.de>, 17. September 2012

China: Aufstand in Foxconn-Fabrik

Am 24.9. veröffentlichte China Labor Watch (CLW) eine Stellungnahme zu den Unruhen in der Foxconn Taiyuan Fabrik: „Chinesische Medien berichteten, dass in der Nacht des 23. Septembers in der Foxconns Taiyuan Fabrik ein Aufstand mit über 2 000 Arbeitern ausbrach, der zu Verletzungen von 40 Menschen führte. Die Initialzündung des Vorfalls bestand in einem Konflikt zwischen einigen Wachen und einem Arbeitnehmer. Die Wachen zogen den Arbeiter angeblich in einen Lieferwagen und begannen, ihn zu schlagen. Daraufhin mischten sich andere Arbeiter ein, und es entwickelte sich zu einem Kampf zwischen den Arbeitern und den Wachen. Aber die Wurzeln dieses Vorfalls fordern Aufmerksamkeit. Foxconn-Fabriken, die viele Apple-Produkte produzieren, sind sowohl bekannt für die Aufrechterhaltung militaristischer Managementpraktiken als auch für die Ausübung von Druck und übermäßigem Stress auf die Arbeitnehmer. Die Arbeiter kommen aus einer Vielzahl von Orten in ganz China, sie sind verpflichtet, Zehn-Stunden-Tag-und-Nachtschichten mit wenig Pausen zu arbeiten, bekommen wenig Lohn und leiden unter den sehr strengen Fabrikregeln und verbalem und körperlichem Missbrauch durch Wachen. Angesichts dieses Stresses, sind die Arbeiter physisch und psychisch hoch angespannt und Vorfälle wie am 23. September können schnell eskalieren. Dies gilt vor allem in einer Zeit, in denen Apple Foxconn Großaufträge für neue Produkte gegeben hat, wie das iPhone 5. Beide, Apple und Foxconn, mit Milliarden von Dollar Gewinn pro Jahr, haben eine rechtliche und ethische Verpflichtung, die Rechte dieser Arbeitnehmer zu wahren. Apples einzige Interessen sind der Umsatz, die PR und die Kunden.“

Quelle: <http://www.chinalaborwatch.org>, 24.9.2012

China: „Samsung, stoppen Sie den Einsatz von Kinderarbeit“

Kürzlich wurden in einer Fabrik in China (HEG, Huizhou) ein 14 Jahre altes Mädchen sowie sechs weitere Kinder unter 16 entdeckt, die dort unter unzumutbaren Bedingungen in der Produktion arbeiteten. Das Unternehmen ist ein Zulieferer von Samsung. Elf Stunden am Tag, an bis zu 28 Tagen im Monat produzieren die Kinder Handys, DVD-Player, Stereoanlagen und Mp3-Player für Samsung. Das sind die gleichen Arbeitszeiten, die für erwachsene Arbeiter gelten, allerdings erhalten die Kinder nur 70% der üblichen Bezahlung. „Mein Name ist Qiang Li von China Labor Watch (CLW). Als die Recherchearbeiten in unserem aktuellen Bericht aufdeckten, dass Min-

derjährige in einer Fabrik für Samsung arbeiten, wollte ich mich selbst aktiv für diese Kinder einsetzen. Der Einsatz von Kinderarbeitern in der Fabrik verstößt klar gegen chinesisches Arbeitsrecht. Während die genaue Anzahl von Kinderarbeitern in der gesamten Fabrik noch unklar ist, gehen unsere Beobachter davon aus, dass dort zwischen 50 und 100 Minderjährige arbeiten. Wu Xiaofang (Pseudonym, das ein junges Mädchen u.a. auch in gefälschten Ausweispapieren verwendete, um in der Fabrik arbeiten zu dürfen) ist erst 14 Jahre alt. Sie erzählte Mitarbeitern von CLW, dass man ihr eine Behandlung im Krankenhaus verweigert habe, nachdem sie in der Fabrik eine Treppe herabstürzte. Das Management der Fabrik lehnte zudem einen Antrag auf Krankengeld ab und strich ihr den Arbeitslohn für sechs Tage. Xiaofang und ihre jungen Kollegen müssen für die bereits geleistete Arbeit anständig entlohnt werden, und die Kinder müssen die Möglichkeit haben, wieder zur Schule zu gehen. Außerdem fordern wir Samsung auf, eine unabhängige Telefonhotline einzurichten, um Arbeitnehmern die Meldung solcher Vorfälle und unzumutbare Arbeitszustände im Allgemeinen zu ermöglichen,“ so die CLW-Aktivistin.

Quelle: <http://www.change.org>

Indien verschärft Verbot von Kinderarbeit

Im August hat das indische Kabinett eine Verschärfung des Gesetzes zur Regulierung und zum Verbot von Kinderarbeit von 1986 beschlossen. Danach soll Kinderarbeit für Mädchen und Jungen, die jünger als 14 Jahre sind, grundsätzlich verboten werden. Bislang galt dies nur für „gefährliche“ Arbeiten. Für so genannte „gefahren-geneigte Arbeiten“ dürfen künftig nur Jugendliche, die älter als 18 Jahre sind, beschäftigt werden. Bei Verstößen drohen Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren und Geldbußen bis zu 50 000 indischen Rupien (rund 700 Euro). Das entspricht etwa zwei bis fünf Lehrergehältern – je nachdem, wo die Lehrkraft arbeitet.

Quelle: http://www.gew.de/Indien_verschaeft_Verbot_von_Kinderarbeit.html

Pakistan: KiK-Jeans aus Unglücksfabrik

Die in der letzten Woche abgebrannte pakistanische Fabrik Ali Enterprises hat auch KiK mit Jeanswaren beliefert, wie der deutsche Textildiscounter jetzt einräumen musste. Das Feuer in der Hafenstadt Karatschi hatte fast 300 Arbeiter das Leben gekostet. Verschlussene Notausgänge, vergitterte Fenster und kaputte Feuerlöcher hatten die Fabrik zu einer tödlichen Falle werden lassen. Dabei hatte eine erst

im August von SAI (Social Accountability International) durchgeführte Überprüfung Ali Enterprises das prestigeträchtige SA8000-Zertifikat verliehen. Die Auszeichnung umfasst verschiedene Kategorien, wie Gesundheits- und Sicherheitsstandards, Kinderarbeit und Mindestlöhne. SAI kündigte bereits an, man werde überprüfen, wie es zur Zertifizierung der Fabrik durch die beiden entsandten Kontrolleure kommen konnte. Scott Nova, Geschäftsführer von Workers Rights Consortium, sieht eine grundsätzliche Problematik bei unternehmensfinanzierten Kontrollen. Grundsätzlich verpflichtete KiK alle Lieferanten auf die Erfüllung und Einhaltung elementarer Arbeitsrechte und Sicherheitsstandards. Tatsächlich aber seien neben den Sicherheitsproblemen auch Arbeitsdruck und Überstunden in der Fabrik üblich gewesen, berichtet ein Mitarbeiter der pakistanischen Textilarbeitergewerkschaft Ntuf.

www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de, 20.9.2012

Malediven: Hilton-Luxusresort kein Paradies für Beschäftigte

Die Gäste des Hilton Conrad Rangali Islands Resort auf den Malediven zahlen 1000 Dollar pro Nacht und wohnen in Luxusvillen, die auf zwei privaten Inseln gelegen sind. Für das Personal, das sie bedient, sind die Bedingungen aber alles andere als luxuriös. Letztes Jahr führten rund 350 Beschäftigte eine Arbeitsniederlegung durch, um ihrer langjährigen Forderung nach einer klaren Abrechnung des Bedienungsgelds, das einen entscheidenden Teil ihrer Entlohnung ausmacht, Nachdruck zu verleihen. Seit 2009 hatte die der IUL angeschlossene Tourism Employees Association of Maldives (TEAM) vergeblich versucht, diese Frage mit der Hotelleitung zu besprechen. Im Anschluss an Zusicherungen der Hotelleitung, dass sie bereit sei, die Frage zu erörtern, kehrten die Beschäftigten an ihre Arbeitsplätze zurück. 29 Beschäftigten wurde dann gekündigt. Gewerkschaftsanhänger standen ganz oben auf der Liste, darunter Mitarbeiter/innen mit zehn oder mehr Jahren Betriebszugehörigkeit. 22 Beschäftigte forchten ihre Entlassung vor dem Arbeitsgericht an. Im Februar entschied das Gericht, dass die Massenentlassungen unfair waren, und wies die Hotelleitung an, die Beschäftigten innerhalb von zehn Tagen mit voller Lohnnachzahlung wieder einzustellen. Die Beschäftigten warten noch immer. Die Hotelleitung weigerte sich, der Anordnung des Gerichts Folge zu leisten, und legte Einspruch ein. Das Einspruchsverfahren ist erst jetzt angelaufen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 20.9.2012

Legt den Leo an die Kette

BERLIN. Aktivisten des Bündnisses „Legt den Leo an die Kette!“ im Rahmen von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ blockierten den Eingang der Waffenlobby-Zentrale des Leo-Produzenten Krauss-Maffei Wegmann am Pariser Platz in Berlin. Sie schmückten den Eingang mit Großplakaten mit einer Karikatur von Bundeskanzlerin Merkel als Panzerkommandantin und mit Slogans wie „Merkel: Den Leo an die Kette“ oder „Krauss-Maffei Wegmann aufgrund von Protesten geschlossen“. Anschließend zelebrierten die Aktivisten eine Laudatio für den KMW-Firmenboss Bode auf einem Großfoto und ließen einen „Beauftragten der Bundesregierung“ auftreten, der im Namen der Kanzlerin erklärte: „Für die Bundesregierung sind großdimensionierte Rüstungsexporte außerhalb der Nato und in Spannungsgebiete sowie in Diktaturen im Moment nicht aktuell. Der Leo wird nicht nach Saudi-Arabien oder anderswohin geliefert.“ Damit – so erklärte einer der Koordinatoren der Kampagne, Prof. Peter Grottian – wollten die Protestler einen Lernprozess der Kanzlerin beflügeln, sich nicht mehr gegen die Mehrheit der Bevölkerung, der Öffentlichkeit und der eignen Wähler zu stellen, sondern die obskuren Waffendeals einzustellen – auch im Blick auf den Wahlkampf 2013. „Menschenrechte hochhalten und klammheimlich Rüstungsexporte betreiben, passt nicht zusammen“, erklärte Kampagnensprecherin Christine Hoffmann von Pax Christi. Die Berliner Aktionen haben ihre vielfältige Entsprechung in Kassel, Friedrichshafen und Oberndorf/Neckar. In Oberndorf/Neckar werden 150 Musiker am 3. 9. ein ganz besonderes Konzert vor der Waffenschmiede Heckler & Koch geben. Das Musikermotto lautet: „Vom Waffenhandwerk geht nur Unheil aus!“

<http://www.rib-ev.de/>

Internationaler Afghanistan Friedenskongress 2012

BONN. Am 13. und 14. Oktober findet der Friedenskongress 2012 „Stoppt den Krieg – Wege zum Frieden in Afghanistan“ statt. Veranstalter wird der Kongress von der Kooperation für den Frieden und afghanischen Gruppen und Organisationen. Die Initiative zu diesem Kongress geht auf die Petersburg II Proteste im Dezember 2011 zurück. Damals wurde über einen möglichen Friedenskongress diskutiert und dieser wird nun konkretisiert ... Über 33 Jahre haben die Menschen in Afghanistan einen hohen Blutzoll leisten müssen. Wohl keine Afghanin und kein Afghane in und außerhalb des Landes ist von den andauernden

Kriegsereignissen unbehelligt geblieben. Jetzt wird der Abzug der meisten fremden Truppen aus dem Land vorbereitet und dem Land zugleich die fortgesetzte Hilfe der ehemaligen Interventionskräfte angeboten. Der Zukunft des Landes stehen viele Möglichkeiten offen. Den Weg zu Versöhnung, Wiederaufbau und friedlicher sozialer Entwicklung in Afghanistan will die afghanische Zivilgesellschaft wie auch die der Interventionsländer mit eigenen Vorstellungen und Interventionen begleiten. Dazu muss sie sich über die Vorgaben und notwendigen Bedingungen eines solchen umfassenden gesellschaftlichen Prozesses gemeinsam ins Vernehmen setzen. Prozesse für einen umfassenden Frieden des Landes, Waffenstillstand, Verhandlung, Dialog und Versöhnung zwischen allen Konfliktparteien, Priorisierung zivilen Wiederaufbaus, Selbstbestimmung der afghanischen Bevölkerung und der Aufbau einer funktionierenden Zivilgesellschaft werden nicht verfolgt, sondern militärisch abgesicherte, „neo-liberale Freihandelsmodelle“ auf das Land übertragen. Wir sind davon überzeugt, unser Ziel ein demokratisches, selbstbestimmtes und soziales Afghanistan ist ein langer schwieriger Prozess, der nur mit der Zivilgesellschaft dieses Landes in Frieden über viele Hürden und auch Opfer erreicht werden kann. Die zu lösenden Aufgaben sind vielfältig und von immensum Umfang: Es muss vermieden werden, dass die jahrelange kriegsereignisse Gewalt in eine Bürgerkriegsgewalt umschlägt. Terror, Kriminalität und Korruption durchziehen – bedingt durch äußere und innere Faktoren – alle gesellschaftlichen und politischen Ebenen. Der kriminelle Drogenhandel in Afghanistan hat einen Umfang erreicht, der einmalig auf der Welt ist. Die Menschenrechte der Afghaninnen und Afghanen haben sich im letzten Jahrzehnt des Krieges keineswegs verbessert.

Ausgehend von den Forderungen einer sofortigen Waffenruhe und des Abzuges aller Interventionskräfte wollen sich zivilgesellschaftliche Kräfte aus Afghanistan, dem afghanischen Exil und der europäischen Zivilgesellschaft über die anstehenden vielfältigen Fragen und Aufgaben der kommenden afghanischen Entwicklung austauschen. Es geht darum, welche praktischen politischen Vorstellungen für die notwendigen Eckpunkte Frieden, Sicherheit, Entwicklung und Gerechtigkeit gemeinsam entwickelt werden können. Das Mittun der deutschen Zivilgesellschaft und Friedensbewegung ist in diesem Prozess unerlässlich. Dabei muss sie sich selbst reflektieren und vermitteln, dass Frieden auch für uns nur möglich ist, wenn wir uns aktiv für Frieden am Hindukusch einsetzen.

Gemeinsam mit afghanischen Exilgemeinschaften, wollen Organisationen aus der Friedensbewegung und Gewerkschaften Alternativen zu diesem Modell analysieren, diskutieren und in breiten Dialog über potentielle Wege zum Frieden in Afghanistan treten. Mögliche und notwendige Prozesse hin zu einem sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Wiederaufbau unter Einbeziehung aller Kräfte Afghanistans sowie auch der regionalen Akteure sollen diskutiert und Impulse in eine solche Richtung gesetzt werden. Friedensideen für und mit einer immer kriegsmüder werdenden afghanischen und exil-afghanischen Bevölkerung sollen entwickelt werden.



Flüchtlings-Protestmarsch durch die Leipziger Innenstadt

LEIPZIG. Flüchtlinge, Asylbewerber und Unterstützer haben am Dienstag in Leipzig für mehr Rechte und die Abschaffung der Residenzpflicht demonstriert. Nach Angaben der Polizei beteiligten sich rund 200 Demonstranten an dem Protestmarsch von Plagwitz zum Flüchtlingsheim in der Torgauer Straße. Es sei alles friedlich verlaufen, sagte eine Polizeisprecherin. Die Teilnehmer reckten Transparente und Plakate in die Höhe, auf denen zum Beispiel zu lesen war: „Kein Mensch ist illegal“ oder „Abschiebung ist Folter“. Juliane Nagel (Linke), Stadträtin in Leipzig, sagte vor der Veranstaltung: „Es ist absolut unterstützenswert, dass diese Menschen, die von Staats wegen auf ein Wartegleis gestellt werden, auf dem sie ihr oft mehrjähriges Asylverfahren abwarten müssen, sich selbst ermächtigen und für ihre Menschenrechte eintreten.“ Die Leipziger Kundgebung ist Teil einer bundesweiten Protestbewegung. Eine Gruppe von Flüchtlingen marschiert seit dem 8. September von Bayern nach Berlin, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen. Sie wenden sich gegen Abschiebungen und die Residenzpflicht, die ihnen einen Aufenthalt in einer bestimmten Region vorschreibt. Außerdem fordern sie eine Abschaffung der Flüchtlingsla-

ger. Hassan Siami, der bereits mehrere Teilstrecken des Protestmarsches mitlief, freute sich über die positive Resonanz in der Messestadt: „Das Interesse an unserer Aktion ist seit dem Start stetig angewachsen. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich viele Leipziger über die Forderungen der Flüchtlinge Gedanken machen.“

www.thevoiceforum.org/

Wir kämpfen für die Verwirklichung einer auf Gerechtigkeit und Freiheit basierten Welt

Wir, die streikenden und protestierenden Flüchtlinge in Deutschland, die einen sechsmonatigen Kampf hinter sich haben, und uns aktuell in einem Protestmarsch von mehreren hundert Kilometern befinden, geben bekannt:

1. Wir werden Abschiebungen abschaffen, weil wir überzeugt sind, dass der Lebensort eines Menschen allein auf seinem individuellen Willen und seiner individuellen Entscheidung beruht und nicht auf die politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse der Mächte, die Freiheit und Gerechtigkeit in ihren internationalen Schaufenster täglich zur Schau stellen.

2. Wir durchbrechen den eingekreisten Bewegungsradius der Residenzpflicht und unterlassen keine Tat, um ihn praktisch abzuschaffen, weil wir überzeugt sind, dass Bewegungsfreiheit eine der elementarsten Menschenrechte ist.

3. Wir verweigern das erzwungene Leben in den Isolationslagern für Flüchtlinge und die Philosophie einer solchen elenden Erfindung. Das erzwungene Leben in den Isolationslagern gleicht Folter. Wir können nicht mehr Zeuge der tragischen Folgen vom Leben der Menschen in solchen Unterkünften sein ...

<http://www.thecaravan.org/>

Die Reichen werden immer reicher

Berlin. Trotz Finanzkrise werden die Reichen in Deutschland immer reicher – das bestätigt nun auch amtlich der Entwurf des neuesten Armuts- und

Reichtumsberichts der Bundesregierung. Der Entwurf des Bundessozialministeriums wurde am Montag an die anderen Ministerien weitergeleitet, um ihn mit diesen abzustimmen. Die Veröffentlichung des Berichts ist erst für Mitte November geplant. Laut Entwurf wird der private Reichtum in Deutschland immer größer. Danach hat sich das Nettovermögen aller Deutschen in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt – auf zehn Billionen Euro Nettovermögen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Entwicklung nicht gestoppt. Doch der Armutsbericht der Bundesregierung zeigt auch, wie ungleichmäßig der Wohlstand verteilt ist. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der unteren Hälfte der Haushalte bleibt gerade mal ein Prozent. Und auch der Staat wird immer ärmer. In den vergangenen 20 Jahren sind demnach die Vermögenswerte des Staates um über 800 Milliarden Euro zurückgegangen. Als ein Grund werden da die Rettungsaktionen wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise genannt. Trotz Lohnsteigerungen, am unteren Ende der Lohnskala mussten die Beschäftigten Verluste hinnehmen. Die Lohnsteigerungen waren so klein, dass sie von der Inflation aufgefressen wurden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ausgerechnet, dass bei 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten am Ende ein Minus steht. Vom Sozialministerium heißt es dazu in dem Entwurf: So eine Einkommensentwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Wenn ein Alleinstehender Vollzeit arbeitet und der Stundenlohn reicht nicht aus, um den Lebensunterhalt zu finanzieren, dann verschärft es das Armutsrisiko und schwächt den sozialen Zusammenhalt. Ausdrücklich werden in dem Entwurf aber Minijobs, Teilzeitjobs, Leiharbeit und befristete Stellen verteidigt. Sie seien nicht zu Lasten der normalen Arbeitsverhältnisse gegangen. <http://www.ag-mav.de/>



Stoppt die MOX-Transporte!

BROKDORF. In der Nacht zu Montag (24. September) ist ein Transport mit acht plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen aus der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield im AKW Grohnde eingetroffen. Entlang der Strecke gab es zahlreiche Proteste, vor dem AKW eine Blockade. Die Atomindustrie plant den nächsten Transport nach Grohnde für November, im nächsten Jahr nach Brokdorf. Die Transporte von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen aus dem britischen Sellafield über den Hafen Nordenham (Weser) ins Atomkraftwerk Grohnde (bei Hameln) sind ein nicht hinnehmbares Risiko. Bei einem Unfall auf der Strecke könnte hochgiftiges und wegen seiner Radioaktivität schon in kleinsten Mengen tödliches Plutonium freigesetzt werden – eine Katastrophe. Der Einsatz von MOX-Brennelementen in Atomkraftwerken macht diese noch gefährlicher, als sie sowieso schon sind. In Fukushima etwa erwies sich das dort eingesetzte MOX als enorme Zusatz-Gefahr, das Plutonium verschlimmerte die radioaktive Verseuchung der Umgebung. Plutonium lässt sich auch durch die Verarbeitung zu MOX-Brennelementen nicht aus der Welt schaffen. MOX ist ein hochgefährlicher Taschenspielertrick der Atomwirtschaft. Wir fordern: Stoppt die MOX-Transporte! Stoppt die Verarbeitung und den Transport von Plutonium! Kein weiterer Einsatz von MOX-Brennelementen in Atomkraftwerken! Und schließlich: Beendet die Produktion von immer neuem Plutonium durch Stilllegung der AKW – nicht in zehn Jahren, sondern jetzt!

<http://www.ausgestrahlt.de>



Rund 40 000 Menschen haben bundesweit in 40 Städten für eine Verbesserung der staatlichen Einnahmen durch mehr Umverteilung demonstriert. Sie forderten eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Finanztransaktionssteuer sowie höhere Steuern auf Unternehmensgewinne und Kapitalerträge. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Parteien (s.a. Seite 6). Bild: Demonstration in Bochum mit rund 6 000 Teilnehmern.

Laden-Netzwerk als Möglichkeit für ehemalige Schlecker-Beschäftigte

Im Stuttgarter Gemeinderat stellte die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke den Antrag solch ein Laden-Netzwerk zu unterstützen:

Mit der Insolvenz des Unternehmens Schlecker verloren tausende Menschen ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen. Die Gründung einer Transfergesellschaft scheiterte und die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sind im Einzelhandel gegenwärtig äußerst schlecht.

Die Gewerkschaft Verdi unternimmt nun gemeinsam mit den gekündigten ehemaligen Schlecker-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern sowie ausgewiesenen Branchenexperten das Vorhaben, für ehemalige Schlecker-Filialen im Großraum Stuttgart, die noch vor der Schließung gute und stabile Geschäftszahlen ausweisen konnten, eine Fortsetzung in Form kleiner Mini-GmbHs sicherzustellen. Die ehemaligen Schlecker-Beschäftigten werden dabei auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit begleitet und qualifiziert. Eine Dienstleistungsgesellschaft sowie ein ideeller Verein, das „Institut für Nahversorgung“, bilden im Hintergrund das Fundament für die Existenzgründung, z.B. durch zentralen Einkauf und Beratung.

Zahlreiche Bürgermeister und Wirtschaftsförderer aus der Region signalisierten bei einer Informationsveranstaltung am 13.9.12 großes Interesse an diesem Projekt, um vor Ort die Nahversorgung sicherzustellen, Frequenzbringer zu erhalten und den arbeitslosen Frauen und Männern eine wirtschaftliche Existenz zu erhalten. Auch viele Vermieter der ehemaligen Filialen wünschen sich eine Fortsetzung der Geschäftsbeziehung anstatt drohenden Leerstand.

Die größten Hürden auf dem Weg in das Laden-Netzwerk sind:

- die Ausfertigung qualifizierter Standortuntersuchungen,
- die Anschubfinanzierung für die Ausstattung der Läden und den Wareneinkauf.

Bereits heute gibt es rund 800 Dorfläden in Deutschland. Sie sichern vor Ort die Versorgung, bieten zahlreiche Dienstleistungen für die Bevölkerung, bilden Zentren für das soziale Miteinander und stärken lokale Wirtschaftsbeziehungen, z.B. durch den Vertrieb regionaler Produkte. Vielfach sind diese Projekte aufgrund ihrer Kreativität und der Förderung des Gemeinsinns mit Preisen versehen worden.

Die Sicherstellung der Nahversorgung in den Stadtbezirken ist der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke ein wichtiges Anliegen. Insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen des demographischen Wandels und zur Vermeidung langer Wege. Aber auch zur Förderung des sozialen Miteinanders sind kleine inhabergeführte Läden, die vor Ort nicht geführte Sortimente ergänzen, ein wichtiger Baustein für lebendige Stadtbezirke und ein attraktives Wohnumfeld.

Wir beantragen deshalb:

1. Die Wirtschaftsförderung der Stadt wird aufgefordert:

- umgehend Kontakt zu den Initiatoren des Laden-Netzwerks aufzunehmen,
- im Stadtgebiet geeignete Standorte zu ermitteln und in personeller wie finanzieller Hinsicht Unterstützung bei der Existenzgründung anzubieten,
- bei der Akquirierung von Fördermitteln zu unterstützen,
- an der Qualifizierung auf dem Weg in die Selbstständigkeit mitzuwirken.

2. Dem Wirtschaftsausschuss ist über den Fortgang des Projektes und die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung regelmäßig zu berichten.

Linke in der Regionalversammlung fordert ebenfalls Unterstützung

„Die Politik hat den Schlecker-Frauen kein Sicherungsnetz aufgespannt,

nun packen Sie ihre Zukunft selbst an“, kommentiert Christoph Ozasek, Sprecher der Gruppe Die Linke in der Regionalversammlung Stuttgart, die Pläne zur Gründung eines Dorfladen-Netzwerks durch ehemalige Schlecker-Beschäftigte im Großraum Stuttgart. Für zahlreiche Städte und Gemeinden bietet die Initiative der Schlecker-Frauen mit Unterstützung von Verdi und ausgewiesenen Branchenexperten die Chance, durch einen Dorfladen Ortszentren stabil zu halten und für die Bevölkerung die Nahversorgung sicherzustellen.

Ozasek weiter: „Viele kleine Gemeinden in der Region werden durch die Geschäftspraxis der großen Discounter abgehängt, da sie für das großflächige Vollsortimenter-Modell zu wenig Kaufkraft aufbringen. Die Märkte wandern in größere Gemeinden ab und erzeugen so längere Wege und durch die bevorzugten Ortsrandlagen einen Zwang zur Nutzung des Autos. Die Umwandlung der ehemaligen Schlecker-Filialen in Dorfläden bietet die Möglichkeit Ortskerne wiederzubeleben, der alternden und mobilitätseingeschränkten Bevölkerung Waren, Dienstleistungen und einen Raum für soziales Miteinander zu schaffen. Die Vermarktung regionaler Produkte könnte zudem lokale Wirtschaftsbeziehungen stärken.“

„Die regionale Wirtschaftsförderung soll die Gründung des Dorfladen-Netzwerks nach Kräften unterstützen, deshalb hat Die Linke heute einen Antrag in die Regionalversammlung eingebracht. Von diesem Netzwerk profitieren letztlich alle: Die Schlecker-Frauen, die Gemeinden, die Vermieter und die Bevölkerung. Diese Win-win-Konstellation ist einmalig und eine große Chance“, so Ozasek abschließend.

Luxussanierungen in der Neckarstadt Ost – Machtlos gegen Gentrifizierung?

Im „Kommunal-Info Mannheim“, einem linken Kommunalblatt, findet derzeit eine Diskussion statt, wie gegen die „Gentrifizierung“ des Stadtviertels Neckarstadt Ost vorgegangen werden soll. Auslöser war ein Artikel, in dem ein dort tätiger Immobilienmakler namentlich scharf angegriffen wurde, was aus presserechtlichen Gründen von der Internetseite genommen werden musste. Unabhängig von dieser direkten Auseinandersetzung legte der Mannheimer Stadtrat der Linken, Thomas Trüper, in der letzten Ausgabe des Kommunal-Infos die Möglichkeiten einer politischen Intervention dar.

Seit Jahren sind in der Neckarstadt-Ost zwischen Max-Josef-Straße und – wie jetzt aktuell – Uhlandstraße Investoren unterwegs, die ganze Wohnhäuser (vier- bis fünfgeschossig) aufkaufen und sehr „gehoben“ sanieren. Das führt in aller Regel zur Verdrängung der oft alt ein-

gesessenen MieterInnen, die sich nach der Wertsteigerung die massiv erhöhten Mieten nicht mehr leisten können. Das Mietrecht schützt sie vor der Beteiligung an den Sanierungskosten nicht; der Mieter muss jährlich bis zu 11% der angefallenen Modernisierungskosten für



seine Wohnung übernehmen. Da es sich um Kernsanierungen handelt, müssten die BewohnerInnen zudem die Mühsal eines Umzugs in eine vorübergehende Ersatzwohnung auf sich nehmen.

So kommt es im Ergebnis zu einer Verdrängung der bisherigen Mieterschaft, die überwiegend durchaus als „normal verdienend“ bezeichnet werden kann. Und es kommt zu einer schleichenden Anhebung des bisher eher erträglichen Mietniveaus in diesem Stadtteil, der sich durch ein funktionierendes Kiez-Leben auszeichnet: Gut erreichbare Supermärkte, Läden der verschiedensten Art, Kneipen, gute Versorgung mit Kitas und Schulen, eine Kirchengemeinde mit viel kulturellem Angebot, auch die „Scene“ hat ihren Platz. Die Straßen haben ausgesprochenes Flair. Aber es ist bisher definitiv keine Schicki-Micki-Gegend.

Das könnte sich nun ändern. Ein, zwei Luxussanierer bringen den Stadtteil bestimmt noch nicht zum Kippen, aber die Beispiele könnten Schule machen. Erschwingliche Wohnungen sind schon jetzt Mangelware. Bei Neuvermietung können die Investoren ihre Mietforderung daran ausrichten, was „der Markt“ bereit ist zu zahlen. Und es gibt durchaus Wohlhabende, die weniger das Einfamilienhaus am Stadtrand oder im Odenwald bevorzugen, sondern eine echte Stadtwohnung, zentral, mit Leben drumrum.

Ein Nebeneffekt der Investorenaktivitäten ist die preistreibende Wirkung durch Beeinflussung des Mietspiegels.

Im Sinne einer sozialen und integrativen Stadtentwicklung sind solche Verdrängungs- und Wohnraumverteuerungsprozesse nicht wünschenswert. Können sie verhindert werden?

Individuelle Möglichkeiten

Betroffene Mieter versuchen je nach ihren persönlichen Verhältnissen und Möglichkeiten, sich rechtlich gegen die Verdrängung zu wehren. So lange der Eigentümer – oft eben ein Investor – sich an die gesetzlichen Bestimmungen z.B. des Mieterschutzes hält, zieht der Mieter den Kürzeren. Er muss nachhaltig mehr zahlen oder weichen. So ist der jüngste Luxussanierungsfall in der Neckarstadt begleitet von Räumungsklagen. In einem konkreten Fall konnte eine Mieterin, die bisher knapp über 400 Euro zu zahlen

hatte und nach Modernisierung über 1.200 Euro zu zahlen gehabt hätte, per Vergleich eine Abfindung von 20 000 Euro erstreiten. Oft wird es im Rahmen einer gütlichen Einigung zu ähnlichen Abfindungen gekommen sein. Die Mieter haben keine rechtliche Chance und nehmen noch mit, was geht.

Politische Bewegung der Betroffenen?

Die eben beschriebene Lage führt zu eher diskreten Vorgehensweisen. „Jeder stirbt für sich allein“, weil er am Ende juristisch den Kürzeren zieht. Man vergleicht sich und versucht, weitere Risiken, z.B. Verfahrenskosten, zu vermeiden, das Ganze unter Zeit- und Fristendruck. Das Bürgerliche Gesetzbuch wird am Ende individuell durchgesetzt.

Gegen wen auch hätte sich eine solche Bewegungskonkret zurichten? Gegen den Investor? Kein Investor ohne Verkäufer der Häuser, die bisherigen Eigentümer. Die Verkäufer sind oft nicht „greifbar“: inzwischen weggezogene Eigentümer, Erben oder Erbengemeinschaften. Das erschwert die effiziente Einflussnahme erheblich. Ein „Investoren-Mobbing“ scheint aufgrund des langen Armes des Bürgerlichen Gesetzbuches auch nicht besonders erfolgversprechend, zumal der Investor in den seltensten Fällen „der Mann von nebenan“ ist.

Etwas anders lag der Fall, als im Herzogenried ein Eigentümer eine leere Ladenfläche an einen Mieter vergeben wollte, der eine Spielhölle mitten im Einkaufszentrum einrichten wollte. Die Baubehörde sah keine Verhinderungsmöglichkeit aufgrund des bestehenden Bebauungsplans. Bürgerschaftlicher Druck verhinderte diese Vermietung – der Eigentümer fand einen verträglichen Mieter. Hier hatten die StreiterInnen allerdings auch keinerlei wirtschaftliches Risiko zu tragen wie die von Räumungsklagen überzogenen Mieter in der Uhlandstraße.

Ordnungsrechtliche Handlungsmöglichkeiten der Kommune?

Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen unterliegen nur dem „technischen“ Bauordnungsrecht. Werden die technischen Regeln eingehalten, hat der Eigentümer Anspruch auf Gestattung.

Das gilt auch für den Fall der Umwandlung einer Kneipe in Wohnraum.

Da beide – Kneipe und Wohnraum – der gleichen Kategorie laut Baunutzungsverordnung (allgemeines Wohngebiet) angehören, besteht auch hier Rechtsanspruch auf die Umwandlung.

Wirtschaftliche und städteplanerische Möglichkeiten der Kommune?

Die Kommune könnte den Wohnungsmarkt im gehobenen Preissegment versuchen in anderen Gegenden zu befriedigen, durch Ausweisung besonderer Wohngebiete.

In Mannheim kämen hierfür beispielsweise einige Konversionsflächen in Frage. Ohnehin hat die Stadt schon fünf Premiumwohngebiete z.B. am Vogelstangensee oder in Nähe des Käfertaler Waldes in Planung. Aber diese Angebote werden die finanzstarken Liebhaber innerstädtischer Wohnungen nicht vom Ziel ihrer Begierde abhalten. Außerdem wäre dies ohnehin ein langfristiger Prozess, der hier und heute nicht weiter hilft.

Die Eigentumsfrage

Über die Entwicklung eines überwiegend im privaten Streubesitz bzw. -eigentum befindlichen Quartiers entscheiden viele Private, die unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen. Anders wäre die Situation, wenn ganze Häuserzeilen in kommunalem oder genossenschaftlichem Eigentum wären. Dann wäre je nach politischer Struktur eine demokratische Einflussnahme möglich. Man hat allerdings auch schon Genossenschaften auf Abwegen erlebt.

Genossenschaften und kommunale Baugesellschaften, im Mannheimer Fall die GBG, zeichnen sich freilich dadurch aus, dass sie ihren Häuserbestand jeweils durch Neubauten erweitern. Als strukturstabilisierende Aufkäufer einzelner Privatobjekte zu handeln liegt ihnen offensichtlich fern. Sie hätten bei Entfaltung einer entsprechenden Nachfrage allerdings auch ein zunehmendes Kaufpreisproblem und würden mit eben den gefürchteten Sanierungshaien in Wettbewerb treten müssen. Dennoch: Die Kommunalpolitik muss sich mit Möglichkeiten der Einflussnahme auf das unerwünschte „Marktgeschehen“ mit dem Ergebnis einer schleichenden Gentrifizierung befassen.

Pioniere fördern

Wenn übrigens auf dem Turley-Gelände die „drei Wohnungsinitiativen“ („13 ha Freiheit“, „Solidarisches Wohnen SWK“ und „Umbau e.V.“) mit dem vom Mietshäusersyndikat entwickelten Eigentumsmodell dafür sorgen, dass die einmal erworbenen oder gebauten Wohnungen nicht mehr verkäuflich sind (Insolvenz ausgeschlossen), dann hat dieses Modell eine weit über den konkreten Fall auf Turley hinausweisende Bedeutung und die volle Unterstützung durch die Kommunalpolitik verdient.

Thomas Trüper

Neue Zähler gegen Energiearmut: Linke begrüßt neue Maßnahmen der RheinEnergie auf dem Kölnberg gegen Stromsperren. KÖLN. Am 13. Dezember 2007 hat sich der Rat der Stadt Köln das erste Mal mit dem Thema Energiearmut befasst und einen Beschluss gefasst, Stromsperren zu vermeiden und zu prüfen, ob ein Sozialtarif Strom eingeführt werden kann. Aus diesem Beschluss hat sich das Projekt „Stromspar Check“ in Chorweiler entwickelt. Im Jahre 2008 und 2012 hat Die Linke in Anfragen nach der Anzahl der Stromsperren gefragt. Wir mussten im Juni 2012 zur Kenntnis nehmen, dass die privaten Stromanbieter auf Anfrage der Stadt nach Stromsperren die Antwort verweigerten und die kommunale RheinEnergie ihre Zahlen mit 10.936 Sperrungen bei 9.861 Kunden bezifferte. Der Sozialausschuss des Rates der Stadt Köln befasste sich mit dem Thema und unterstützte unsere Anregungen, gegen Stromsperren tätig zu werden. Seit Monaten führen wir einen intensiven Dialog in den Ratsausschüssen, mit der RheinEnergie und mit sozialen Trägern über Lösungswege. Einen Lösungsweg, der gleichzeitig auch ein Test ist, zeichnet sich hier am Kölnberg ab. Hier in den Häusern An der Fuhr 1 bis 3 werden die Stromzähler so umgerüstet, dass tatsächlich Stromsperren technisch vermieden werden können. Diese 660 modernen Stromzähler können bei Nichtbezahlung der Stromrechnung durch die Rhein-Energie angesteuert werden. Das ist bei den üblichen Stromzählern nicht möglich. Statt einer Stromsperrung wird die Leistung der Stromzufuhr reduziert. Die Menschen sitzen also nicht mehr im Dunkeln, sondern haben Licht und können sich etwas zu Essen kochen. Das kann sich so vorstellen, dass nicht mehr alle Geräte gleichzeitig laufen können. Diese drei Häuser eignen sich auch deshalb, weil Heizung und Warmwasser separat über das Haus laufen, und nicht die Stromleistung noch zusätzlich beeinflussen. In der gesamten Debatte über Stromsperrungen ist das in Deutschland meines Wissens das erste Projekt, das Stromsperren vermeidet. Es kommt also Bewegung in das Thema. Und wir finden das toll, dass sich die RheinEnergie mit dem Thema intensiv beschäftigt und einen ersten Lösungsweg beschreitet. Ich finde es wichtig, dass Menschen der Strom nicht einfach abgestellt wird. Es hat etwas mit Würde und Respekt zu tun, dass man niemanden im Dunkeln stehen lässt, sondern sich überlegt, wie alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ohne Strom geht das nicht.

<http://linksfraktion-koeln.de/>

Eine Anfrage der Linksfraktion ergab, dass jährlich 110 000 Melderegisteranfragen von der Stadt Bonn bearbeitet werden, die der Stadt seit Juli 2010 Gebühren in Höhe von 400 000 Euro einbrachten. BONN. Zum heutigen sogenannten Optoutday, an dem auf die massenhafte Weitergabe von persönlichen Daten durch die öffentliche Hand und die Möglichkeiten des Widerspruchs hiergegen aufmerksam gemacht wird, erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion im Bonner Rat, Dr. Michael Faber: Auf Anfrage der Linksfraktion hat die Stadtverwaltung jetzt offengelegt, in welchem Ausmaß persönliche Daten von der Stadt an Dritte weitergegeben werden. Jährlich werden 110 000 Melderegisteranfragen zu persönlichen Datensätzen von der Stadt Bonn bearbeitet. Die Stadt kassierte hierfür seit Juli 2010 Gebühren in Höhe von 400 000 Euro. Die Linksfraktion kritisiert, dass die Stadt auch kommerziellen Datenhändlern, wie etwa regis24 einen vereinfachten Zugriff auf persönliche Daten durch elektronische Melderegisterabfrage ermöglicht. Eine nähere Kontrolle der Motivation bzw. des berechtigten Interesses im Einzelfall ist so praktisch nicht möglich. Dass auch die öffentliche Hand mit der Datenplattform des Landes (d-NRW) vergleichbar auf Daten zugreift, macht die Sache nicht besser. Die Verwaltung hat auf Anfrage der Linksfraktion klar gestellt, dass sie nicht in jedem Fall zur Herausgabe der Daten verpflichtet ist, dies vielmehr in ihrem Ermessen liegt. Bislang wird dieses Ermessen aber praktisch nicht ausgeübt. Das verwundert auch nicht, wenn man die hohen Einnahmen der Stadt durch die Melderegisterauskünfte sieht. Gerade im Bereich der vereinfachten elektronischen Abfrage dürfte die Stadt Einnahmen praktisch ohne eigenen Aufwand erzielen. Die grundrechtsensible Herausgabe persönlicher Daten darf aber von städtischer Seite nicht aus finanziellem Eigeninteresse heraus erfolgen. Immerhin weist die Verwaltung mit der Beantwortung unserer Anfrage auf die vielfältigen Möglichkeiten hin, der Weitergabe der Daten durch die Stadt zu widersprechen. Hiervon haben bislang auch bereits rund 18 000 BonnerInnen Gebrauch gemacht.

<http://www.linksfraktion-bonn.de/>

Kein Konzept gegen konzentrierte Armut: Die Linke verurteilt den mangelnden wohnungspolitischen Tatendrang der anderen Fraktionen. KIEL. „Nur Die Linke kämpft für das Ende der Armutsinseln, schließlich sagt die Verwaltung selbst, dass die Konzentration von Armut erhebliche Folgen für die Lebenschancen der Menschen in der Stadt hat. Ein Kind das in Gaarden aufwächst, hat es schwerer als ein Kind, das in

Wik aufwächst. Einfach nur weil es im falschen Stadtteil wohnt. Das ist sozialpolitisch nicht hinnehmbar!“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stefan Rudau. Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept wird festgestellt, dass sich in Gaarden und Mettenhof Armut konzentriert. Dadurch entstehe eine Benachteiligung von Menschen, die sich selbst verstärkt. Kinder und Jugendliche, die in verelendeten Nachbarschaften aufwachsen, haben häufig erst gar nicht die Chance, Anschluss an die Normen der Mehrheitsgesellschaft zu finden. Was zurückbleibt ist Perspektivlosigkeit. Die Stadt benennt daher auch die sozialräumliche Polarisierung als einen Handlungsschwerpunkt, hat aber bisher nichts Substanzielles geliefert, um dem Problem entgegen zu treten. SPD, Grüne, SSW, CDU und FDP wollen es dabei belassen. Viel schlimmer, die anderen Fraktionen verweisen auf einen Antrag zur Schaffung von günstigem Wohnraum, dessen Abarbeitung sich sogar trotz der Dramatik der Sache noch verzögert. Das belegt, dass sie nicht verstanden haben, worum es geht. Es geht nicht einfach um die Schaffung von günstigem Wohnraum. Es geht um die soziale Durchmischung in den Quartieren. Wenn nun günstige Wohnungen entstehen ist das gut, aber wenn man nicht dafür sorgt, dass diese über Stadtgebiet verteilt werden, sondern sich wieder nur auf den Armutsinseln finden, löst sich das Problem nicht.

<http://www.linksfraktion-kiel.de/>

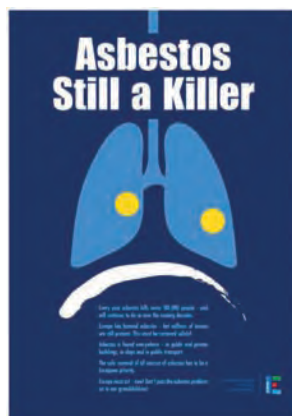
Rat der Stadt Duisburg erklärt Beitritt zur Kampagne „Vermögenssteuer jetzt!“. DUISBURG. Nach einer kurzen Debatte stimmte der Rat der Stadt Duisburg der Kampagne „Vermögenssteuer jetzt“ beizutreten zu. Thomas Keuer, sozialpolitischer Sprecher der Ratsfraktion Die Linke: „Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fordern, die Vermögenden stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Mit unserer Initiative, die in der rot-rot-grünen Kooperation unterstützt wurde, wollen wir die Debatte um mehr Steuergerechtigkeit befördern. Insgesamt wären von dieser Steuer gerade einmal 0,6 Prozent der Bevölkerung betroffen, die fast ein Drittel des gesamten Vermögens besitzen. Statt unsozialer Leistungskürzungen in Bund, Land und vor allem in den Kommunen würde mit der Einführung einer Vermögenssteuer eine große Chance eröffnet, dem eine gerechte Alternative entgegen zu setzen.“

<http://www.linksfraktion-duisburg.de/>

Trend zur Rekommunalisierung hält an – Leitfaden Konzessionsverträge veröffentlicht: Gemeinsame Erklärung von Städtetag, Gemeindebund und VKU. BERLIN. Der Trend zur Übernahme von

Strom- und Gasnetzen durch Kommunen und kommunale Unternehmen hält unverändert an. Das zeigt die Analyse des Konzessionswettbewerbs der vergangenen Jahre: Seit 2007 gibt es über 60 Stadtwerke-Neugründungen und über 170 Konzessionsübernahmen durch Kommunen und kommunale Unternehmen. Daneben laufen bundesweit noch eine Vielzahl an Strom- und Gasverträgen im Jahr 2015 beziehungsweise 2016 aus. Um Kommunen und kommunale Unternehmen im Konzessionswettbewerb zu unterstützen, stellten der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) heute in Berlin ihren aktuellen gemeinsamen Leitfaden „Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke“ vor. Besorgt äußern sich die drei Verbände darüber, dass das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) seit seiner Novelle 2011 den rechtssicheren Netzerwerb weiter erschwert. Auch angesichts des bestehenden Rechtsrahmens nehmen Gerichte und das Bundeskartellamt in jüngster Zeit gegenüber Netzübernahmen durch Kommunen und kommunale Unternehmen eine kritische Haltung ein. Vielfach werden Vergabekriterien als wettbewerbswidrige Bevorzugung eigener kommunaler Unternehmen ausgelegt und für unzulässig erklärt. „Beim Wettbewerb um Strom- und Gasnetzkonzessionen darf das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nicht eingeschränkt werden. Wir fordern im Rahmen der derzeitigen Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes klare Regelungen für eine rechtssichere Konzessionsvergabe, die auch kommunale Netzübernahmen ermöglichen“, erklären die drei Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag), Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und Hans-Joachim Reck (VKU). Im Fokus der Netzübernahmen steht dabei vor allem das Gelingen der Energiewende. „Die Kommunen und ihre Unternehmen engagieren sich gemeinsam für den Umbau des Energiesystems“, so die Hauptgeschäftsführer. Der Neuabschluss von Konzessionsverträgen eröffnet Kommunen und kommunalen Unternehmen viele Handlungsoptionen, die über den reinen Netzbetrieb hinausgehen. „Das Energiesystem wird sich künftig stärker dezentral ausrichten. Eine besondere Rolle spielen dabei die Verteilnetze, die überwiegend von kommunalen Versorgern betrieben werden. Auch deshalb ist es richtig, dass sich Stadtwerke um auslaufende Konzessionsverträge bewerben.“

<http://www.staedtetag.de/>
Zusammstellung: ulj



Arbeit an einem asbestfreien Europa

Im März 2011 startete die EFBH (Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter) eine europaweite Kampagne mit dem Titel „Europa 2023 – Asbestfrei!“ (siehe auch PB 8/2011, S. 19/20). Das Grundkonzept der Kampagne ist, auf der europäischen Ebene die Rechtsetzung zu beeinflussen und konkrete Maßnahmen für Dekontaminierungsprogramme durchzusetzen und parallel in den Mitgliedsstaaten ebenfalls konkrete Aktionen und Maßnahmen zu initiieren.

Fünf zentrale Themenbereiche wurden dabei identifiziert:

- nötige Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen,
- die Registrierung bestehender Asbestquellen, insbesondere in privaten und öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen,
- die Qualifizierung der Beschäftigten, insbesondere in denjenigen Berufen/Tätigkeiten, die unbeabsichtigt mit Asbest in Berührung kommen,
- die Anerkennung asbestbedingter Erkrankungen,
- die Entschädigungsverfahren und die Entschädigung dieser Erkrankungen.

In der seit dem Kampagnenstart verlaufenen Zeit wurde deutlich, dass das Thema überall als relevant anerkannt wird und vielerorts an ihm gearbeitet wird, seitens der Gewerbeaufsichtsämter, den Präventionseinrichtungen oder seitens der Gewerkschaften. Es wurde aber auch deutlich, dass es sich recht schwierig gestaltet, von Brüssel aus Aktivitäten in den einzelnen Mitgliedsländern zu initiieren. In vielen Ländern sind die angesprochenen Gewerkschaften einfach nicht in der Lage, andere Akteure zu aktivieren und auch nicht in der Lage, das Thema auf betrieblicher Ebene zu platzieren. Dennoch, in etwa einem Dutzend Ländern gibt es Aktivitäten mit Bezug zu der Kampagne.

Auf der europäischen Ebene ist durchaus einiges in Bewegung gekommen. Die EFBH hat in Kooperation mit dem EGB, dem Regionalbüro Europa der WHO und mit dem Londoner IBAS (International Ban of Asbestos Secretariat = Opferverbände) ein Projekt gestartet, das sich mit der Anerkennung und Entschädigung von asbestbedingten Krankheiten beschäftigt. Zwei Ziele werden mit dem EU-finanzierten Projekt verbunden. Zum einen wurde ein gemeinsames Seminar der europäischen Baugewerkschaften mit den Opferverbände geplant und bereits durchgeführt, und zum anderen eine Untersuchung gestartet, wie die Anerkennung und Entschädigung asbestbedingter Krankheiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern ge-

regelt sind. Eine solche Untersuchung liegt bisher nur für 13 westeuropäische Staaten vor. Interessant ist dabei auch, dass eine sehr enge Kooperation zwischen den beteiligten Gewerkschaften und den Opferverbänden entstanden ist. Traditionell war das Verhältnis von Auseinandersetzungen geprägt, da vor allem Gewerkschaften in den asbestverarbeitenden Branchen das Asbestproblem lange leugneten.

Schon im letzten Jahr wurde die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament dafür gewonnen, auf die EU-Politik zu Asbest mit einem Initiativbericht einzuwirken. Im Normalfall reagiert das Europäische Parlament auf Kommissionsinitiativen im Rahmen der Ratsbeschlüsse. Mit dem Mittel des Initiativberichtes kann es jedoch selbst Maßnahmen anregen. Dies geschieht in Bereichen, in denen eine irgend geartete EU-Politik vorliegt, aber von der einen oder anderen Parlamentsfraktion Handlungsbedarf gesehen wird.

Der Berichterstatter im Beschäftigungsausschuss des Parlamentes, Stephen Hughes (UK), hat im Entwurf seines Berichtes die wesentlichen Forderungen aus der EFBH-Kampagne aufgenommen. Am Ende muss die Kommission den in einem solchen Initiativantrag gemachten Vorschlägen zwar nicht folgen, sie kann aber auch nicht einfach über sie hinweggehen.

Am 17. und 18. September fand in Brüssel nun das zweitägige Asbestseminar statt. Ca. 80 Menschen aus 22 Ländern waren angereist. Erfreulich war vor allem, dass viele Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern anwesend waren, darunter auch aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten wie Albanien oder Serbien. Viele kamen aus den nationalen Opferverbänden und gewerkschaftlichen Strukturen. Es waren aber auch Vertreter von Unternehmen, die Asbest beseitigen, von Gewerbeaufsichtsämtern, aus dem Wissenschaftsbereich, Menschen aus Palliativeinrichtungen, der europäische Kommission oder Präventionseinrichtungen vertreten.

Interessante Beiträge und vor allem ein enormes Interesse an Austausch

und gegenseitiger Kontaktaufnahme haben die Veranstaltung geprägt. Es war für die meisten Anwesenden beeindruckend zu sehen, wie eine Handvoll Menschen in England angefangen hat aufzudecken, wo in Schulen heute überall Asbest zu finden ist und Schülern und Lehrer exponiert sein können, aber auch wie sie eine öffentliche Kampagne dazu initiiert haben. Es war für die meisten Teilnehmer neu, das Polen das einzige Land in der EU ist, das einen „Ausstiegsplan“ hat; bis 2032 soll alles Asbest in Polen beseitigt sein.

Es war aber auch wichtig zu erfahren, was die neueste Forschung in Sachen Asbestexposition und möglichen Folgeerkrankungen sagt. Es wird heute davon ausgegangen, dass auch sehr geringe Expositionen in jungen Jahren nach einer sehr langen Latenzzeit zu Lungenkrebsen führen können. Oder die Erläuterungen zum sogenannten „Fahrerfluchtproblem“ (die Fasern lösen eine Krankheit aus, sind aber selbst biolöslich und verschwinden aus der Lunge und bei einer Biopsie werden dann kaum Fasern gefunden), dass insbesondere in der Bundesrepublik zu einer skandalösen Anerkennungspraxis bzw. Nichtanerkennungspraxis beim Bochumer Mesotheliomregister geführt hat, das für die Anerkennung der Krankheit eine Mindestfaserzahl pro Kubikzentimeter Lunge festgelegt hat.

Das Seminar wurde so gelegt, das nach seinem Ende die Teilnehmer an einer öffentlichen Anhörung zu Asbest im Europäischen Parlament teilnehmen konnten.

Daher war diese Anhörung mit ca. 90 Menschen auch gut besucht, leider



Altlastenexport – viele EU-Länder lassen asbestkontaminierte Schiffe in Indien und Bagladesch verschrotten

fanden nur noch wenige Parlamentarier den Weg in die Veranstaltung, die um 17.30 Uhr begann.

Der oben schon erwähnte Entwurf des Berichtes von Stephen Hughes hat die meisten Vorschläge und Forderungen aus der EFBH-Kampagne aufgenommen. Er wird nun im Oktober im Beschäftigungsausschuss eingebracht und es kann davon ausgegangen werden, dass viele Änderungsanträge eingehen werden, dass sich aber am Ende eine Parlamentsmehrheit finden wird, die die wesentlichen Anliegen unterstützen wird.

Es wird am Ende also eine ganze Reihe von Anforderungen an die Eu-

ropäische Kommission geben. Diese arbeitet gerade eine neue Gemeinschaftsstrategie für den Arbeits- und Gesundheitsschutz aus, die den Zeitraum 2013 bis 2020 abdecken wird. Es ist jetzt vor allem das Ziel, möglichst konkrete Ziele bezüglich der Asbestproblematik in dieser neuen Strategie zu implementieren. Eine konkrete Forderung des Brüsseler Asbestseminars an das anwesende Mitglied der Europäischen Kommission war, ein europäisches Programm aufzulegen, das zum Ziel hat, alle öffentlichen und privaten Schulen in Europa bis 2020 asbestfrei zu bekommen.

Rolf Gehring

BDA fordert Verbesserung psychotherapeutischer Versorgung. *Arbeitgeber aktuell* (Publikationsreihe des BDA), September 2012. „Die BDA weist mit Nachdruck darauf hin, dass Arbeit nicht psychisch krank macht. Im Gegenteil: Berufstätigkeit als wichtiger Bestandteil des Lebens ... ist eine fundamentale Ressource für psychische Gesundheit. Obwohl die Ursache von psychischen Erkrankungen vorrangig im familiären Umfeld, Lebensstil, Freizeitverhalten, in genetischen ... Faktoren liegen, sind dennoch die Betriebe bei diesem Thema gefordert. Denn psychisch bedingte Fehlzeiten und Leistungseinschränkungen der Mitarbeiter schlagen unmittelbar auf das Betriebsergebnis durch. Viele Unternehmen fördern deshalb die psychische Gesundheit ... Hinzu kommen muss aber vor allem die Verbesserung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. Die meist monatelangen Wartezeiten bis zu einem Ersttermin bei einem Psychotherapeuten

sind weder für die Betroffenen noch für die Betriebe akzeptabel. Hierzu befindet sich die BDA derzeit in Gesprächen mit dem GKV-Spitzenverband, der Ende September einen „Masterplan“ vorlegen wird.“

Eindeutiges Nein der BDA zum allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Nach dem Vorschlag einer Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgen dazu zunehmend Initiativen aus einzelnen Bundesländern ... Zudem spielt der Mindestlohn auf Landesebene immer häufiger bei der öffentlichen Auftragsvergabe eine Rolle. Die BDA bleibt bei ihrem eindeutigen Nein ... Im Ergebnis steht immer ein Mindestlohn, der Beschäftigung in Deutschland massiv gefährdet und insbesondere die Schwächsten am Arbeitsmarkt trifft. Die aktuellen Ergebnisse von Eurostat zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa bestätigen die Befürchtungen der BDA. Sie zeigen, dass alle europäischen Länder mit einem einheitlichen gesetzli-

chen Mindestlohn eine signifikant höhere Jugendarbeitslosigkeit haben als Deutschland.

**Wirtschafts-
presse**

DIHK sieht Großelternzeit kritisch. – *Rheinische Post*, Frei., 29.9.2012. Ein Rechtsanspruch auf Großelternzeit, wie ihn Bundesfamilienministerin K. Schröder einführen möchte, würde die Unternehmen nach Einschätzung von H. Driftmann, Präsident des DIHK, vor Probleme stellen. Wenn künftig Eltern und Großeltern nicht nur gleichzeitig, sondern auch nach eigenen Wünschen bis zum 14. Lebensjahr des Kindes Eltern- beziehungsweise Großelternzeit nehmen könnten, „dann erschwert das die Personalplanung gerade in mittelständischen Betrieben doch sehr“. Hilfreicher für Eltern und Unternehmen „wäre es ohnehin, wenn endlich ausreichend Betreuungsplätze geschaffen würden“, betonte der DIHK-Präsident.

Zusammenstellung: rst

Assoziationen zwischen politischen Parteien und politikrelevanten Begriffen

Manfred Wettler¹

Ziel der Studie

Wahlkämpfe können und sollten unter zwei unterschiedlichen Perspektiven und Zielsetzungen geführt werden: Zum einen handelt es sich um ein Marketingproblem. Hier ist das Ziel möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen. Zum anderen haben Wahlkämpfe ein gesellschaftspolitisches Ziel. Dabei soll vermittelt werden, dass bestehende gesellschaftliche Strukturen verändert werden müssen und können.

Hier geht es zunächst um die erste Zielsetzung. Das heißt, die Partei muss sich gut verkaufen und dabei gelten die gleichen Regeln wie beim Marketing für Markenartikel, für Ferienorte oder für Versicherungspolicen. Es müssen Assoziationen zwischen dem beworbenen Gegenstand (Die Linke) und positiv bewerteten Begriffen gefunden und verstärkt werden, mit denen die Wähler die Partei bereits assoziieren oder assoziieren sollen^{2, 3}.

Im Folgenden sollen die vorhandenen assoziativen Beziehungen zwischen politisch relevanten Begriffen und den Bundestagsparteien untersucht werden. Es geht um die Frage: Was fällt den Menschen ein, wenn sie an eine Partei denken? Dazu werden statistische Textanalysen durchgeführt. Das Verfahren beruht auf der Beobachtung, dass Assoziationen zwischen Begriffen auf Grund der Häufigkeiten, mit denen diese Begriffe gemeinsam

genannt werden, erschlossen werden können. Es ist wiederholt gezeigt worden, dass sich experimentell erhobene Wortassoziationen durch sprachstatistische Analysen großer maschinenlesbarer Textsammlungen voraussagen lassen.^{4, 5, 6}

1 enthält eine Liste der verwendeten Texte. Im Abschnitt Interpretation werde ich auf die Textwahl zurückkommen.

Als Kriterium für ein gemeinsames Auftreten von zwei Begriffen wurde ein Abstand von maximal neun Wör-

Ergebnisse

Begriff:	maximale Assoziation		minimale Assoziation		mittlere Assoziationsstärke, Wert
	Wert	Partei	Wert	Partei	
alt	96	Linke, SPD	78	FDP	88
Armut	368	Linke	78	FDP	172
Atom	1517	Grüne	521	Linke	865
Bildung	572	SPD	452	Linke	527
deutsch	137	CDU, FDP	93	Grüne	118
fair	306	FDP	115	Linke	227
Frauen	96	Grüne	39	FDP	72
Freiheit	310	FDP	139	SPD	209
Frieden	347	Linke	97	FDP	167
Gerecht	882	Linke	223	FDP	394
Glück	84	Grüne	54	FDP	63
hart	220	CDU	125	Linke	174
jung/frisch	207	Grüne	71	FDP	119
Krieg	240	Linke	66	FDP	107
Krise	488	FDP	171	Grüne	330
Kultur	322	CDU	110	Linke	196
modern	103	Grüne	51	Linke	72
sozial	1024	Linke	353	CDU	590

Tabelle 1: Parteiaffinitäten der Begriffe: höchste und niedrigste Assoziationen der Begriffe zu den Parteien und mittlere Assoziationsstärken

Methode

Grundlage für die Schätzung der Assoziationsstärken ist die im Internet recherchierbare Textsammlung des Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim (<http://www.ids-mannheim.de/cosmas2>). Für unsere Berechnungen wurde ein Korpus aller dort verfügbarer deutschen Zeitungen definiert, die seit dem Jahr 2006 erschienen sind und zusätzlich der vollständige Text der deutschsprachigen Wikipedia.

Diese Textsammlung umfasst etwas mehr als 800 Millionen Wörter. Anhang

tern definiert, das heißt, dass zwischen den beiden Wörtern höchsten acht andere Wörter stehen durften, unabhängig davon, welches Wort als erstes vorkommt. Diese Distanz entspricht etwa der mittleren Satzlänge und der Verweildauer im Kurzzeitgedächtnis und hat sich in früheren Untersuchungen⁷ als optimal für die Schätzung von Assoziationsstärken herausgestellt.

Im Folgenden sollen die berechneten Assoziationen zwischen den fünf Bundestagsparteien und 18 politikrelevanten Begriffen gezeigt und interpretiert werden. Sie wurden durch die folgenden einfachen und zusammengesetzten Wörter und Wortkombinationen erfragt:

Alter, alt • Armut, arm • Atom mit Komposita • Bildung • deutsch • Fairness und fair • Frauen • Freiheit • Frieden • Gerechtigkeit und gerecht • Glück oder glücklich • Härte oder hart • Jugend oder jung oder frisch • Krieg • Krise • Kultur und Komposita • modern • sozial

7 Rapp, R. (1996). Die Berechnung von Assoziationen: ein korpuslinguistischer Ansatz. Hildesheim: Olms.

1 Manfred Wettler, geboren 1941 in Zürich. Professor für Kognitive Psychologie an der Kolumbianischen Nationaluniversität Bogotá und an der Universität Paderborn. Hauptarbeitsgebiete sind die Computersimulation sprachlicher Prozesse und von Wissensstrukturen. Aktives Mitglied in der BO Hannover-Linden der Partei Die Linke. – Die uns zugesandte Studie (nochmals herzlichen Dank) dient der Abklärung, welche Themen beim kommenden Landtagswahlkampf in Niedersachsen in den Vordergrund gestellt werden sollen.

2 Wettler, M. & Rapp, R., Associative text analysis of advertisements. Marketing and Research Today, 21 (1993), 241-246.

3 Wettler, M., Weber, A., Boehnisch, M., Rapp, R., & Marten, U., Assoziative Textanalyse: Ein Verfahren zur Antizipation der kommunikativen Wirkung von Werbung. Marketing, 4 (1998), 255-264.

4 Spence, D.P. & Owens, K.C., Lexical co-occurrence and association strength. Journal of Psycholinguistic Research, 19 (1990), 317-330.

5 Wettler, M., Rapp, R., & Sedlmeier, P., Free word associations correspond to contiguities between words in texts. Journal of Quantitative Linguistics, 12 (2005), 111-122.

6 Wettler, M., Free word associations and the frequency of co-occurrence in language use. In: P. Sedlmeier & T. Betsch (eds.), Etc. Frequency Processing and Cognition. Oxford: Oxford University Press, 2002, 271-284.

Anhang 2 zeigt die verwendeten Cosmas II-Anfragen, durch die die zugelassenen morphologischen Varianten und Wortzusammensetzungen definiert werden.

Die so ermittelten Häufigkeiten wurden in eine Excel-Tabelle (aus Platzgründen nur in der Online-Ausgabe der Politischen Berichte) übertragen. Für die Berechnung der Assoziationsstärken wurden diese Werte durch das Produkt der Gesamthäufigkeiten der beiden Begriffe dividiert.

Tabelle 1 zeigt für jeden der 18 Begriffe die Partei mit der stärksten und die Partei mit der schwächsten Assoziation, die jeweiligen Assoziationsstärken und die Mittelwerte der Assoziationen aller fünf Parteien. Von allen Parteien hat Die Linke die stärksten Assoziationen zu den Begriffen arm, sozial, gerecht, Krieg und Frieden. Sie hat die schwächsten Assoziationen zu hart, fair, modern, Atom, Kultur und Bildung.

Die letzte Spalte von Tabelle 1 zeigt, dass die verschiedenen Begriffe mit den Parteien unterschiedlich stark assoziiert sind, und dies unabhängig von den Unterschieden zwischen den Parteien. Die stärksten Assoziationen zu politischen Parteien haben die Begriffe sozial, gerecht, Atom und Bildung. Die schwächsten Assoziationen haben die Begriffe alt, modern, Glück und Frauen. Je stärker die Assoziationen eines Begriffs zu politischen Parteien im Allgemeinen, desto wichtiger ist dieser Begriff für die politische Bewertung.

Die Begriffe unterscheiden sich auch in Bezug auf die Stärke der Unterschiede zwischen den Parteien. Beim Begriff Alter beträgt der Unterschied zwischen der stärksten (Linke, SPD) und der schwächsten Assoziation etwa 20%. Beim Begriff Armut ist die stärkste Assoziation um ein Mehrfaches größer als die schwächste. Je stärker solche Unterschiede zwischen den Parteien, desto mehr kann die Partei mit der starken Assoziation damit punkten.

In den folgenden Abbildungen, bei denen Unterschiede zwischen Parteien aufgezeigt werden sollen, sind die Assoziationsstärken durch den Mittelwert der Assoziationen zu den Parteien dividiert worden.

Abbildungen 1 und 2 zeigen die Assoziationen zu den fünf Begriffen, bei denen sich Die Linke am stärksten von den anderen vier Parteien unterscheidet. Dies sind die Begriffe Armut, Gerechtigkeit, sozial, Krieg und Frieden. Die zweitstärksten Assoziationen zu diesen Begriffen hat die SPD, wobei die Unterschiede zwischen SPD und Die Linke bedeutend größer sind als die Unterschiede zwischen SPD und den anderen Parteien. Bei der Abfrage des Begriffs Atom wurden alle zusammengesetzten Wörter mitgezählt, die mit Atom beginnen. Hier haben die Grünen

die mit Abstand stärkste Assoziation. Dies war zu erwarten. Erstaunlich ist jedoch, dass Die Linke zu Atom von allen fünf Parteien die schwächste Assoziation hat.

Abbildung 3 zeigt die Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen Frauen, Bildung und Kultur. In Bezug auf Frauen haben die Grünen die stärkste Assoziation. Die Linke hat hier im Vergleich mit den anderen Parteien eine mittlere Assoziationsstärke. Sie ist jedoch bedeutend stärker als bei der SPD. Die Assoziationen zu Kultur und zu Bildung sind schwächer als bei den anderen vier Parteien. Die stärkste Assoziation zu Kultur hat die CDU, die stärkste Assoziation zu Bildung die SPD. (Bildung ist die Weitergabe von Kultur).

Abbildung 4 zeigt die Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen Fairness, Glück und Freiheit. Erstaunlich ist die hohe Assoziation zwischen Die Linke und Freiheit. Eine Durchsicht der Textstellen, in denen die beiden Begriffe gemeinsam vorkommen, zeigt, dass darin häufig das Verhältnis der Partei die Linke zur Freiheit problematisiert wird. Die Verwendung des Freiheitsbegriffs im Wahlkampf könnte also dazu führen, dass die bestehende starke Assoziation zwischen Die Linke und Freiheit, die jedoch vom Wähler negativ bewertet wird, in den Vordergrund gerückt wird.

Die Linke hat von allen Parteien die schwächste Assoziation zu Fairness. Dies ist erstaunlich, weil sie die mit Abstand stärkste Assoziation zum Begriff Gerechtigkeit hat. Fairness und Gerechtigkeit gelten gemeinhin als Synonyme. Der Unterschied könnte daher kommen, dass mit Gerechtigkeit ein erstrebter Zustand bezeichnet wird und mit Fairness eine Art des Verhaltens.

Abbildung 5 zeigt die Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen modern, jung/frisch und alt. In Bezug auf den Begriff alt

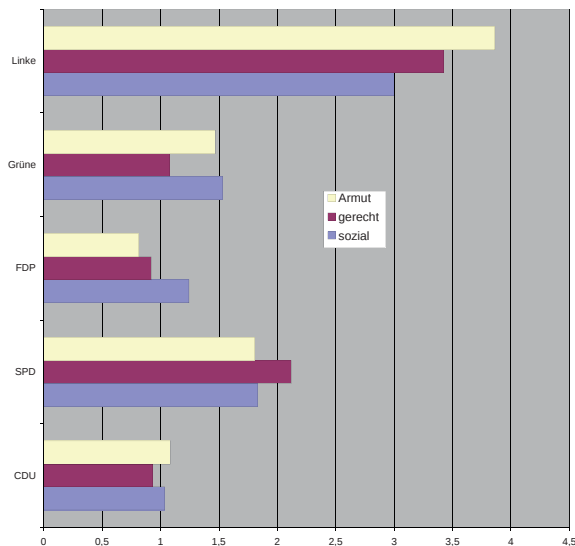


Abb. 1: Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen arm, gerecht und sozial.

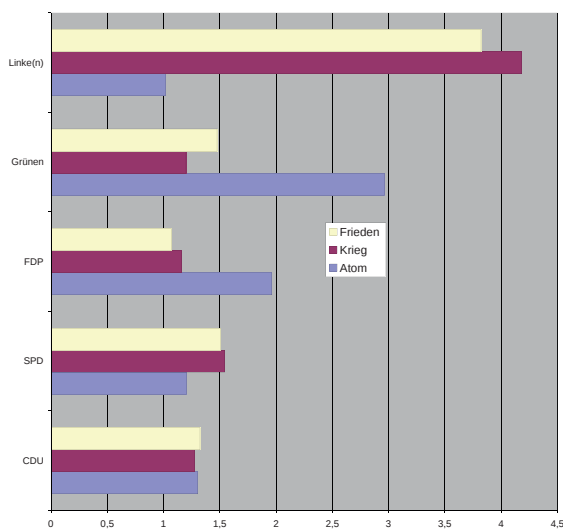


Abb. 2: Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen Frieden, Krieg und Atom.

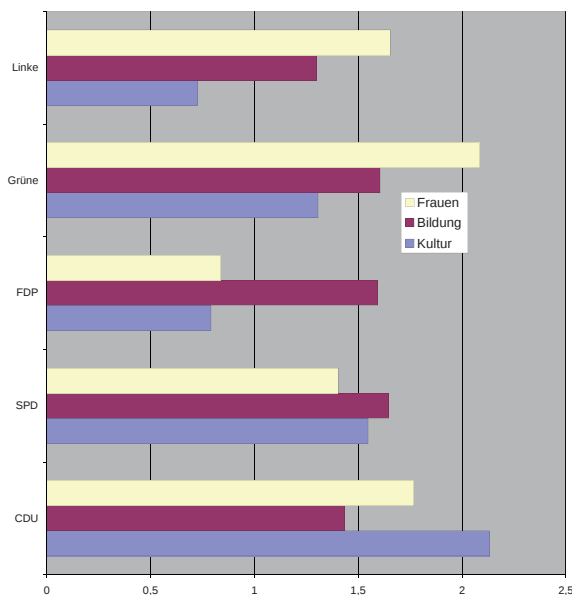


Abb. 3: Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen Frauen, Bildung und Kultur.

bestehen zwischen den Parteien keine großen Unterschiede. Grüne und FDP haben leicht geringere Assozia-

tionsstärken. Zu den Begriffen jung/ frisch und modern haben die Grünen die stärksten Assoziationen. Die

schwächste Assoziation zu modern hat Die Linke.

Abbildung 6 zeigt die Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen Krise, hart und deutsch. Zusammen mit den Grünen ist Die Linke die am wenigsten harte Partei, In Bezug auf Krise und Deutsch hat Die Linke, im Vergleich mit den anderen Parteien, mittlere Assoziationen.

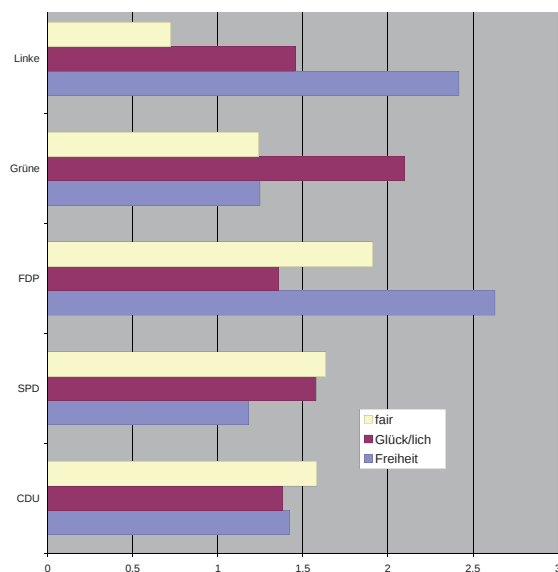


Abb. 4: Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen fair, glücklich und Freiheit.

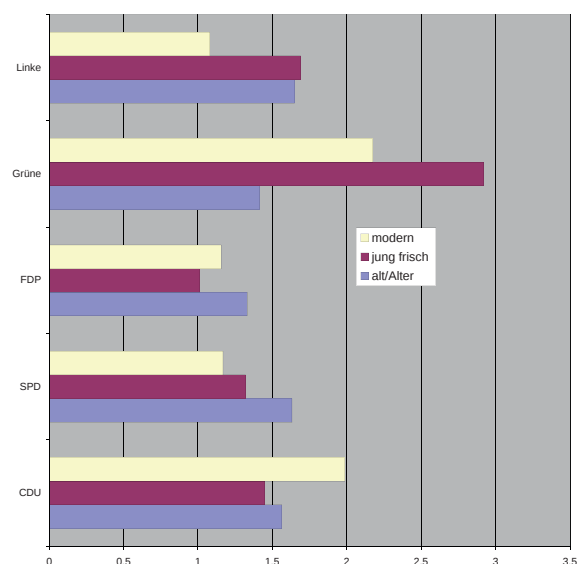


Abb. 5: Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen modern, jung/frisch und alt.

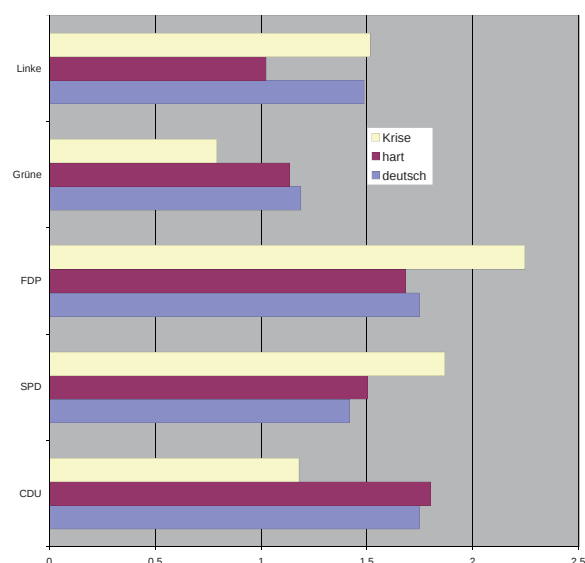


Abb. 6: Assoziationsstärken zwischen Parteien und den Begriffen Krise, hart und deutsch.

Interpretation

Die Linke hat in zwei Bereichen, die für politische Meinungsbildung wichtig sind, bedeutend stärkere Assoziationen als alle anderen Parteien: Armut und soziale Gerechtigkeit, Krieg und Frieden. Dieses wichtigste Ergebnis hat sich auch in demoskopischen Befragungen gezeigt. Hier sollte in den Wahlkämpfen angeknüpft werden.

Zu anderen Bereichen hat Die Linke schwächere Assoziationen als die anderen Parteien. Dies sind Atom, Fairness, Bildung und Kultur. Bildungs- und Atompolitik sollten, wenn sie Wahlkampfthema werden, in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Aspekten dieser Bereiche gebracht werden (z.B. Atompolitik und Gewinne der Energiekonzerne).

Das Problem bei der verwendeten Methode ist, dass dazu sehr große Textmengen benötigt werden. Deshalb konnte die Piraten-

partei nicht eingeschlossen, Begriffe mit geringeren Worthäufigkeiten (z.B. Ungleichheit) nicht verwendet und Veränderungen in der Zeit nicht analysiert werden. Ein Vergleich mit ost-deutschen Zeitungen wäre auch wünschenswert.

Bisherige Erfahrungen mit der Methode der assoziativen Textanalyse haben jedoch gezeigt, dass bei großen Textmengen die Ergebnisse von der Art der ausgewählten Texte nur unwesentlich bestimmt werden und dass sich mit den so berechneten Assoziationsstärken Verhalten vorhersagen lassen.

Wahlkampf als gesellschaftspolitische Aufklärung

Das Erfreuliche an den Ergebnissen dieser Analysen, wie auch anderer, demoskopischer Studien, ist, dass die Begriffe, die von einer Marketingperspektive beim Wahlkampf in den Vordergrund gestellt werden sollten, die gleichen Begriffe sind, die unter dem Aspekt gesellschaftspolitischer Aufklärung zentral sind.

Wenn es unter dem Marketingaspekt darum geht, positiv bewertete Assoziationen der Partei die Linke zu verstärken, dann sind dafür die Begriffe sozial, gerecht, Krieg und Frieden geeignet.

Zugleich sind dies die für das Gesellschaftsverständnis der Linken zentralen Begriffe: Linke Politik unterscheidet sich von allen anderen Parteien darin, dass das primäre gesellschaftliche Problem in einer falschen ökonomischen Ordnung gesehen wird. Ökologie, Frieden und Glück haben eine ökonomische Ordnung zur Voraussetzung, die nicht auf dem Gewinnstreben Einzelner beruht. Wenn es darum geht, diesen theoretischen Standpunkt zu vermitteln, dann müssen wir die gleichen Begriffe verwenden, wie wenn wir lediglich viele Wählerstimmen bekommen möchten.

Anhang 1 : Die verwendete Textsammlung

Texte	Anteil	Wörter	von	bis	Quelle
196.854	5,327%	52.174.191	2005–2005		Wikipedia
213.539	5,778%	41.918.074	2006–2011		Hamburger Morgenpost
198.755	5,378%	39.905.565	2007–2011		Hannoversche Allgemeine
508.013	13,747%	123.382.478	2006–2011		Mannheimer Morgen
229.352	6,206%	67.194.359	2006–2011		Nürnberger Nachrichten
202.303	5,474%	63.542.875	2006–2011		Nürnberger Zeitung
866.941	23,459%	156.028.994	2006–2011		Braunschweiger Zeitung
1279.769	34,630%	262.918.052	2006–2011		Rhein-Zeitung
3695.526	100,000%	807.064.588	2005–2011		Acht Quellen insgesamt

Anhang 2: In den Cosmas 2 Anfragen verwendeten Suchausdrücke:

CDU • SPD • FDP • Grünen • Linke ODER Linken

deutsch++ • sozial • gerecht++ ODER Gerechtigkeit • arm++ ODER Armut • Krise • Atom* • Krieg • Frieden • Bildung • Kultur* • Freiheit • Glück ODER glücklich • Angst • modern • Frauen • Arbeit • Härte ODER hart++ • Fairness ODER fair++ • alt++ ODER Alter • jung++ ODER Jugend ODER frisch

+ = ein beliebiger Buchstabe; * = eine beliebige Buchstabenkette; Groß- und Kleinschreibung wurde beibehalten

Durch die Cosmas II Anfrage (Linke ODER Linken) /w9 Kultur* wird also beispielsweise nach der Anzahl von Textstellen gesucht in denen eines der beiden groß geschriebenen Wörter „Linke“ oder „Linken“ in einem Abstand von maximal neun Wörtern zu einem einfachen oder zusammengesetzten Wort steht, das mit „Kultur“ anfängt.

Kritik der Darstellung von Gewalt als Ersatz für Kritik an Gewalt?

„BILD-GEGEN-BILD“ lautet der Titel einer Ausstellung im Münchner Haus der Kunst, deren Konzept auf folgende Weise vorgestellt wird:

„Die Ausstellung ‚BILD-GEGEN-BILD‘ stellt künstlerische Positionen vor, die sich kritisch mit der Darstellung von gewalttätigen Konflikten in den Medien befassen.“¹

Mit der Entwicklung von Kunst zum selbstreferentiellen System hat sich bei vielen die Überzeugung festgesetzt, Kunst dürfe sich nur noch mit sich selbst beschäftigen. Vielleicht erklärt dies eine Merkwürdigkeit des Konzeptes: Nicht stattfindende Kriege, sondern die Medienberichterstattung darüber rückt in den Fokus der Kritik. Da es sich bei Kunst selbst um ein Medium handelt, wird der eigene Bereich nicht wirklich verlassen.

Dem Haus der Kunst geht es in der Ausstellung ausdrücklich um kritische Kunst. Wenn Kunst jedoch kritisch sein will, ist sie zu einer ständigen Gratwanderung gezwungen. Denn Kunst lebt davon, dass der Betrachter in der Auseinandersetzung mit Kunstwerken Freiräume hat und mit eigenen Assoziationen reagieren kann. Wenn Künstler sicherstellen wollen, dass ihre Kritik richtig verstanden wird, indem sie klare Botschaften formulieren, werden den Betrachtern Freiräume in der Auseinandersetzung mit dem Kunstwerk genommen, die Kunst wirkt dann bevormundend und penetrant. Wenn dagegen den Betrachtern völlige Assoziationsfreiheit gelassen wird, besteht die große Gefahr, dass gar nicht verstanden wird, worum es beim jeweiligen Kunstwerk überhaupt geht. Die Kritik bleibt dann wirkungslos.

Das Haus der Kunst hat dieses Problem dadurch „gelöst“, dass jedem Besucher ein Begleitheft in die Hand gedrückt wird, in dem steht, was man sich denn zu den einzelnen Künstlern und ihren Werken denken soll. Nachdem in unseren Kulturkreis die Kunstinteressierten daran gewöhnt sind, dass die Museen darüber entscheiden, was Kunst ist, fällt es kaum negativ auf, wenn sie auch noch die Deutungs-hoheit über Kunstwerke übernehmen. Bevormundung durch ein Museum wird eher akzeptiert als Bevormundung durch ein Kunstwerk. Trotzdem hat auch dieses Verfahren seine Tücken, da die Gefahr besteht, dass die Kunstwerke selbst überflüssig werden.

Ein Beispiel dafür ist das Video „Was uns bleibt sind unsere Bilder“ (2003) von Jasmila Žbanić. Laut Begleitheft dokumentiert das Video die Suche der Künstlerin nach ihrer Freundin Bilja.

„Während der ersten Tage der Belagerung von Sarajevo 1992 wurde Bilja auf der Straße von einer Granate getroffen und überlebte schwer verwundet. Nur wenige Minuten nach dem Angriff füllte ein französischer Fotoreporter drei Filme mit Fotos der hilflos auf dem Boden liegenden Bilja, jedoch ohne ihr zu helfen. Andere brachten Bilja kurz danach in ein Krankenhaus. Im selben Jahr erhielt dieser Fotograf für eines der Bilder von Bilja den ersten Preis von World Press Photo. In ihrem Video versucht Žbanić herauszufinden, was aus Bilja wurde. Sie sucht die Straßenecke auf, an der ihre Freundin verwundet wurde und befragt Zeugen und Freunde. Schließlich erfährt sie, dass Bilja in Paris lebt und in der Filmbranche arbeitet. Žbanić erwähnt auch, was sie noch über Bilja gehört hat: Nach ihrem monatelangen Krankenhausaufenthalt hatte Bilja offenbar den Fotografen aufgesucht und ihn mit der Frage konfrontiert, wie er sie habe anschauen und Fotos machen können, ohne ihr zu helfen. Angeblich lautete seine Antwort: ‚Ich habe nur meinen Job gemacht.‘“²

Wozu ist nach dieser Geschichte noch das Video nötig? Dass die Künstlerin die Stelle filmt, wo die Verwundete lag, dies mit den Geräuschen eines Fotoapparats unterlegt, bei dem auf den Auslöser gedrückt und zweimal der Film gewechselt wird, und dass die Kameraeinstellung so lange dauert, wie der Journalist gebraucht hat, um drei Filme zu füllen, hilft nicht wirklich aus dem Dilemma.

Die Geschichte zeigt eindringlich, dass nicht nur der Krieg entmenslicht, sondern auch seine mediale Verarbeitung. Das Begleitheft zur Ausstellung will aber die Gedanken in eine andere Richtung lenken.

„Žbanić widmet sich der Sichtbarmachung von Konflikten und ihren Folgen. Sie reflektiert visuell und verbal das umfassende Thema der Macht der Kamera und der Kontrolle über das Bild. Ein Foto ist nie ein einfaches Abbild. Es ist immer ein Bild, das jemand gewählt hat; Fotografieren heißt einen Ausschnitt wählen, und einen Ausschnitt wählen heißt ausschließen. Der Film wirft auch

die Frage auf, was ein Bild im umfassenderen Kontext einer Generation bedeutet und ob es möglich ist, verstörende Bilder durch neue, positive zu ersetzen. Žbanić kommt zu dem Schluss: ‚Der Krieg wandert umher, an andere Orte, zu anderen Menschen. Mit ihm reisen die Kameras, die Fotoreporter, um neue Bilder von ihm zu machen. Was uns bleibt sind unsere Bilder.‘“

Nun ja – wer versuchen will das nachzuvollziehen, möge sich halt das Video anschauen. Ohnehin sollten sich Besucher der Ausstellung vorher überlegen, ob für sie auch so etwas wie ein Kino-Besuch zum Anschauen der vielen Videos akzeptabel ist.

Am wenigsten stört das Begleitheft, wenn die dort beschriebene Zielsetzung eines Werks so hanebüchen ist, dass sie zu Widerspruch reizt. Dies ist bei „9/12 Front Page“ [12.9. Titelseite, 2002] der Fall, für das Hans-Peter Feldmann die Titelseiten von 151 Zeitungen des Tages nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington DC versammelt hat. Hierzu heißt es:

„Die Sammlung der Titelseiten der Tageszeitungen des 12. September 2001 zeigt die beachtliche Übereinstimmung in der medialen Repräsentation von Krisenereignissen. Auffällig ist das relativ geringe Repertoire an Bildern, die zur Berichterstattung über die Ereignisse verwendet wurden. Dies lag einerseits an der Monopolstellung US-amerikanischer Fernsehsender, andererseits spielte die Kanalisierung und Auswahl des Bildmaterials durch Nachrichtenagenturen eine wichtige Rolle. Wenige Konzerne besitzen heute die Mehrheit der Zeitungen, Magazine, Fernsehkanäle, Radiosender, Verlage, Filmstudios sowie Internetdienste und teilen damit de facto nahezu die Gesamtheit der Medienmacht unter sich auf. Feldmanns Archivarbeit thematisiert die globale Vernetzung der Medien.“

Was aber hätten die Zeitungen bei diesem Ereignis anderes zeigen sollen als die brennenden, von den Flugzeugen getroffenen Twin Towers? Das Werk taugt nicht als Beweis für die These der Monopolisierung der Bilder, selbst wenn sie komplett in der behaupteten Weise zutreffen sollte.

Stattdessen fällt bei Durchsicht der Titelseiten auf, dass ein Großteil aus Europa und den USA stammen. Vertreten sind noch Zeitungen aus ein paar islamischen Ländern, Zeitungen aus weiteren Ländern sind die Ausnahme. Schon bei den deutschen Zeitungen fallen deutliche Unterschiede in der Bewertung auf – von „Krieg gegen Amerika“ ist die Rede, von „Krieg gegen die Zivilisation“, sogar von „Krieg gegen die Welt“. Wie aber bewertet die Welt



Oben: „Gaddafi 3“ von Wilhelm Sasnal, 2011

Links: Aus der Serie „9/12 Front Page“ von Hans-Peter Feldmann, 2002



(in allen fünf bewohnten Kontinenten und etwa 200 Staaten) die Anschläge auf die Twin Towers? Das Begleitheft schreibt dazu:

„Nicht die unterschiedlichen Interpretationen des Geschehens oder die Vielzahl von Sprachen und Schriften stehen im Vordergrund, sondern die immer gleichen ikonischen Fotos.“

Anscheinend war dem Haus der Kunst die eurozentrische Nabelschau Feldmanns doch ein wenig peinlich. Auf einer Internetseite zur Ausstellung wird „9/12 Front Page“ ausgerechnet mit der Titelseite einer chinesischen Zeitung veranschaulicht,³ im Begleitheft wird die Titelseite einer türkischen Zeitung gezeigt.

Alfredo Jaar hat sich mit dem Völkermord 1994 in Ruanda an der Volksgruppe der Tutsi auseinandergesetzt. Das Begleitheft bezeichnet das Werk „Untitled (Newsweek)“ [Ohne Titel (Newsweek), 1994] als

„eine Chronik des Schweigens und Versagens der Weltöffentlichkeit. Die Titelseiten des Nachrichtenmagazins Newsweek köderten den Leser während der Dauer des Genozids mit dem O.J. Simpson-Prozess, einer geplanten Marsmission und anderen vornehmlich US-amerikanischen Themen. Erst nachdem 1 000 000 Tutsi in geplanten Aktionen ermordet worden waren, wurde die daran anschließende Flüchtlingskatastrophe als Titelstory gewählt. Jaar vertraut auf die Kraft der Sprache, die aufklärt und anklagt, während Bilder verdunkeln und verschleiern.“

Leider passt der letzte Satz so gar nicht zu dem Werk. Nicht der Gegensatz Sprache versus Bild wird thematisiert, sondern der Gegensatz Bericht

über den Genozid (= Eingreifen gegen den Völkermord) versus kein Bericht (= nicht Eingreifen) steht im Vordergrund. Und hier wird das Begleitheft beinahe selbstmanipulativ verschwiegen wird, dass Frankreich damals durchaus eingreifen wollte, allerdings nicht, um den Völkermord zu stoppen, sondern um das für den Genozid verantwortliche Regime in Ruanda vor dem Sturz durch die Rebellenbewegung Ruandische Patriotische Front (RPF) zu schützen. Allerdings fand Frankreich damals keine Verbündeten und hat sich dann letztlich doch nicht getraut. Solche Hintergrundinformationen haben erhebliche Relevanz für die Beurteilung von aktuellen Aufrufen, in Syrien zum Schutz der Bevölkerung einzugreifen. Es soll nicht abgestritten werden, dass 1994 tatsächlich Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn rechtzeitig über das Morden in Ruanda berichtet worden wäre.⁴ Aber wer heute den Kommentar zu einem 1994 entstandenen Kunstwerk liest, hat dabei unweigerlich auch das aktuelle Geschehen in Syrien vor Augen.

Anders als in Syrien haben in Libyen bereits mehrere Nato-Staaten (v.a. Frankreich, Großbritannien und die USA) eingegriffen mit der Begründung, die Bevölkerung schützen zu müssen. Die Werke von Wilhelm Sasnal sind den Ereignissen in Libyen gewidmet. Im Text des Begleitheftes kommt aber das Eingreifen von Nato-Staaten nicht vor:

„Die Erhebung des libyschen Volkes gegen seinen Diktator Muammar al-Gaddafi gipfelte in seiner Tötung am 20. Oktober 2011. Bereits wenige Stunden danach kursierten Fotos und Videos der Festnahme, der

ihr folgenden Misshandlungen und des Leichnams im Internet. Wilhelm Sasnal malte in unmittelbarer Reaktion auf die Ereignisse eine Reihe von Bildern.“

Tatsächlich gab es einen Aufstand gegen Gaddafi, zugleich hatten die Kämpfe in Libyen immer auch den Charakter eines Bürgerkrieges zwischen den verschiedenen Landesteilen und Stämmen. Die Intervention der Nato-Staaten hat diesen Bürgerkrieg nicht gedämpft, sondern ihn in einer Weise angeheizt, die eine Versöhnung schwer vorstellbar macht. Für die Nato-Staaten war mit der Tötung Gaddafis das Ziel der Intervention erreicht, sie wurde beendet. Das zeigt, dass Schutz der Bevölkerung als Interventionsgrund vorgeschoben war – ihnen ging es um den Sturz eines Diktators, der für sie durch seine häufigen 180°-Wendungen unberechenbar war, auch wenn er sich zum Schluss ganz handsam verhalten hat. In Libyen aber geht das Leben auch nach Gaddafis Tod auf traurige Weise weiter. Die Menschenrechtslage ist derzeit auf keinen Fall besser als unter Gaddafi. Außerdem droht ein Bürgerkrieg wie im Libanon, wo sich 15 Jahre lang die verschiedenen ethnischen Gruppen gegenseitig bekämpft haben. Es ist sicher bedrückend, in einer brutalen Diktatur leben zu müssen. Ständige Lebensgefahr wegen andauernder Kämpfe geht allerdings auf die Dauer auch ganz schön auf die Nerven, während das Leben in einer Diktatur zumindest einigermaßen berechenbar ist. Aus Libyen abgezogene Truppen Gaddafis waren zudem wesentlich an der Spaltung des Nachbarlandes Mali beteiligt, das einst als ein demokratischer Musterstaat in Afrika galt.

All dies interessiert die Kuratoren der Ausstellung im Haus der Kunst eigentlich gar nicht. Ein Bild Sasnals mit Gaddafis Leichnam wird auf folgende Weise kommentiert: Das Werk

„zeigt den Körper in leichter Aufsicht mit den Füßen im Vordergrund. Der Reiz, den diese Perspektive auf den Maler ausgeübt hat, rührt von der Assoziation der berühmten ‚Beweinung Christi‘ (um 1480) von Andrea Mantegna her. Derartige Bezüge machen deutlich, dass Bilder nie isoliert, sondern stets im Hinblick auf andere Bilder betrachtet und verstanden werden. In solchen Medienbildern wird das – bewusste oder unbewusste – ‚Mit-Sehen‘ von bekannten Bild- und Motivtraditionen instrumentell eingesetzt. Im Gegensatz zum christlichen Motiv bezeugen die Anwesenenden hier allerdings nicht ihre Trauer. Vielmehr lassen sie ihrer Verachtung freien Lauf. Gerade aufgrund des religiösen Vorläufers wird die Drastik der Situation umso deutlicher. Sasnal zeigt die schamlose Zurschaustellung des toten Despoten auf einer Matratze in der Mitte eines Kühlraumes.“

Angesichts solcher Interessen fragt

sich schon, ob die hier geführte Kritik überhaupt angemessen ist. Kann man jemanden, der sich nur für Medien selbst und nicht für den politischen Kontext interessiert, dafür kritisieren, dass dieser Kontext nicht richtig dargestellt ist? Wer sich aber „kritisch mit der Darstellung von gewalttätigen Konflikten in den Medien befassen“ (siehe Zitat am Anfang dieses Beitrags) will, darf die Kritik der Darstellungsform nicht davon trennen, wer aus welchen Gründen diese Darstellungsform gewählt hat und warum es in den Konflikten geht. Mehrfach werden in den ausgestellten Werken gewaltsame Konflikte thematisiert, an denen Nato-Staaten beteiligt sind. Daher muss auch die Frage beantwortet werden, ob die Nato ein Verein zur Beglückung der Völker der Welt mit Menschenrechten und Demokratie oder aber der derzeit mit Abstand aggressivste Machtblock dieser Erde ist.

Die Ausstellung „BILD-GEGEN-BILD“ setzt stillschweigend die erste Alternative (vielleicht nicht ganz so

polemisch formuliert) voraus und kümmernt sich nicht weiter darum, da es ja schließlich um Medien geht, das aber möglichst kritisch.

Über Feinlichkeiten wie im Kommentar zu Sasnals Gaddafi-Bild, wonach christliche Sehgewohnheiten besonders gut geeignet seien, um das schamlose Verhalten von Muslimen zu erkennen, braucht man sich dann nicht zu wundern.

Insgesamt passt die Ausstellung ganz gut zu München, da hier mit der Sicherheitskonferenz jedes Jahr das Mega-Event für Gewalt-Junkies aus dem Dunstkreis der Nato ausgetragen wird. Auch dabei ist Kritik ausdrücklich zugelassen, da so Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik anerkannt wird. Der Kritik bleibt dann nur noch übrig, über deren Anwendung in jedem Einzelfall nachzudenken. Umgangsformen, die sicherstellen, dass Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Staaten in Zukunft friedlich ausgetragen werden können, lassen sich so aber nicht finden.

Hans Waschkau

(1) <http://www.hausderkunst.de/index.php?id=84>. (2) Begleitheft zur Ausstellung, daraus alle Zitate, wenn nicht anders angegeben. (3) <http://www.hausderkunst.de/index.php?id=718>. (4) Sehr ausführlich dazu <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hauptseite>, Suchbegriff „Völkermord in Ruanda“.

NRW-LAG Kommunalpolitik der Linken gegründet

Am 15.9.2012 hat sich in Wuppertal die Landesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik NRW gegründet, die zu diesem Zeitpunkt bereits fast 180 Anwärter zur Mitgliedschaft hatte. Auch die Gründungsversammlung war mit rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht. In dem verabschiedeten Papier „Ziele und Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik NRW“, das wir im Anschluss dokumentieren, stellen die Initiatoren fest, dass ein gemeinsames politisches Vorgehen in den Kommunen fehlen würde. Deshalb soll die LAG den kommunalpolitisch Aktiven innerhalb der Partei mehr politisches Gewicht verschaffen und die regionale Vernetzung der Partei vorantreiben. Das kann funktionieren, wenn das Ganze als diskursiver und demokratischer Prozess angelegt wird, in dem von allen anerkannt wird, dass die Erarbeitung von kommunalpolitischen Standpunkten zum größten Teil vor Ort stattfindet und nicht „von oben“ verordnet werden kann. Es kann aber auch schiefgehen, etwa wenn die LAG für den innerparteilichen Strömungskampf benutzt werden sollte um z.B. sog. „rote Haltelinien“ durchzusetzen.

Thorsten Jannoff

Ziele und Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik NRW

Die Kommunen sind der Ort, an dem wir leben und arbeiten, und deshalb der

Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Dafür brauchen wir starke Kommunen, in denen die Menschen ihre Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

Die vielen hundert ehrenamtlich kommunalpolitisch Aktiven der Linken in NRW stehen täglich vor der Herausforderung, linke Politik in die kommunale Praxis umzusetzen.

Dabei wird ihnen viel abverlangt: In Zeiten von Hartz IV und angesichts gähnender Leere in den kommunalen Kassen suchen sie zwischen Vision und Pragmatismus den besten Weg, um die berechtigten Ansprüche ihrer Wählerinnen und Wähler einzulösen.

Leider sind nicht alle in Fraktionen oder Gruppen organisiert und haben es als „EinzelkämpferInnen“ in der Opposition oft sehr schwer. Ihnen fehlt nicht nur ein Antragsrecht in den Kommunen, sondern auch ausreichend inhaltlicher und politischer Hintergrund, der ihnen die Möglichkeit zu politischen Initiativen in den Körperschaften verschafft. Die Kreisverbände können dies nicht immer leisten. Aber auch viele Fraktionen und Gruppen arbeiten vor sich hin. Es fehlt ein gemeinsames politisches Vorgehen in den Kommunen. Viele wissen zwar alles über die eigene Arbeit, aber nichts über die Aktivitäten in den

Nachbarkreisverbänden, obwohl es um die gleichen Themen geht.

Die LAG Kommunalpolitik NRW will MandatsträgerInnen und kommunalpolitisch Interessierte zusammenführen.

Dabei geht es darum, neben der Bildungsarbeit des Kommunalpolitischen Forums NRW (kopofn nrw) als unabhängigem Bildungsträger und Verein, den kommunalpolitisch Aktiven innerhalb der Partei mehr politisches Gewicht zu verschaffen, politische Positionen zu erarbeiten und die regionale Vernetzung der Partei voranzutreiben. Die LAG Kommunalpolitik soll dabei eng mit dem kopofn nrw zusammenarbeiten.

Mögliche Ziele und Aufgaben:

- Wirken für und mit den kommunalpolitisch Aktiven in der Linken NRW mittels Unterstützung des notwendigen Austausches und als Diskussionsplattform

- Debatten zu Ansprüchen und Selbstverständnis linker Kommunalpolitik: – Wie kann die grundlegende Programmatik der Partei mit der kommunalen Tagespolitik verbunden werden.

- Verhältnis MandatsträgerInnen und Partei in der Kommune

- Verhältnis Gremienarbeit – Außenarbeit

- Wirken in den Landesverband der Linken NRW hinein, um den Stellenwert der Kommunalpolitik in der Partei zu erhöhen

- Wirken in die BAG Kommunalpolitik hinein: u.a. Beteiligung an der Fortschreibung der Kommunalpolitischen

Leitlinien der Linken

- Programmatische Arbeit: Fortschreibung der Kommunalpolitischen Leitlinien der Linken NRW

- Wirken nach außen: – Positionierung zu wichtigen kommunalpolitischen Themen in der Öffentlichkeit; konzertierte Aktionen: Die Linke muss öffentlich landesweit wahrgenommen werden als die Kraft, die linke Kommunalpolitik propagiert und praktiziert

- Projekte für gesellschaftliche Veränderungen von unten – auch in Zusammenarbeit mit anderen LAGs und LAKs
- lokale Initiativen und Bewegungen, Bündnisarbeit vor Ort

- Offensive Propagierung guter Beispiele linker Kommunalpolitik in den Städten, Gemeinden und Landkreisen

- Unterstützung von Kommunalwahlkämpfen in NRW: einschließlich (Ober-)BürgermeisterInnen-Wahlkämpfe

- Gewinnung und Qualifizierung von kommunalen MandatsträgerInnen: gemeinsam mit dem kopfo NRW und dem LAK Innerparteiliche Bildung – Regionale Strukturen der LAG aufbauen – Regionale Vernetzung der Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunen (Landschaftsversammlungen, Regionalräte und RVR, Kreistage, Räte, Bezirksvertretungen...) – Politische Anbindung und Organisation der VertreterInnen im Deutschen Städtetag und im Städte- und Gemeindebund sowie der Zweckverbände (Verkehrsverbände etc.)

- Mögliche Themenschwerpunkte der LAG:

- Linke Kommunalpolitik: Programmatischer Anspruch und reale Alltagsarbeit

- Demokratisierung der Demokratie: BürgerInnen-Beteiligung, BürgerInnen-Haushalt, Transparenz, Gewinnung von BündnispartnerInnen und Konsequenzen für die Arbeit unserer kommunalen MandatsträgerInnen und AmtsträgerInnen innerhalb und außerhalb der Vertretungen, demokratische Kontrolle kommunaler Unternehmen, Stadtplanung

- Soziale Gerechtigkeit vor Ort

- Aufgaben der Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, öffentliche Unternehmen, (Re)Kommunalisierung, regionale Wirtschaftskreisläufe (nachhaltige Wirtschafts- und Strukturpolitik/Regionalpolitik)

- Kommunale Finanzen, Stärkungspakt

- Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, in vielen kommunalpolitisch bedeutsamen politisch-inhaltlichen Fragen muss und soll die enge Kooperation mit den anderen LAGs und LAKs gesucht werden

- z.B.: U 3-Betreuung, Ausbau der Gesamtschulen, Fracking, Wohnungsbau, Lebenssituation von SeniorInnen und MigrantInnen, ...

- Weitere Aufgaben:

- Aufbau eines Verteilers und Anschriftenlisten aller linken MandatsträgerInnen, Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger und EinwohnerInnen für NRW; Liste von Kompetenzen, z.B. Verkehr, Gesundheit, Soziales, etc.

- Internetauftritt der LAG

Neustart an der Kieler Förde?

Jens Schulz zum Chef der Linken in Schleswig-Holstein gewählt / Landesparteitag um Eintracht und Aufarbeitung bemüht

Die Linkspartei flog dieses Jahr aus dem Landtag in Kiel. Auf dem Landesparteitag an diesem Wochenende wurde deutlich: Man will in Zukunft einiges anders machen.

Schleswig-Holsteins Linke hat mit Jens Schulz aus Lübeck einen neuen Kopf. Der 59-Jährige erhielt auf dem Landesparteitag in Neumünster 64 der 79 möglichen Delegiertenstimmen für den Posten des Landessprechers, für den er ohne Gegenkandidatur kandidierte. Dem flügelübergreifenden Pragmatiker fällt nun die Rolle zu, die Partei nach der Wahlschlappe im Mai wieder enger zusammenrücken zu lassen. Entsprechende Beteuerungen dazu gab es aus mehreren Richtungen der Basis am Sonntag zuhause.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunal- und Bundestagswahl 2013 sowie der Europawahl 2014 wurde einem neuen handlungsfähigen Landesvorstand das Wort geredet. Eine Aussprache zur geleisteten Arbeit und zu den bevorstehenden Aufgaben mündete eher ungewohnt in beinahe schon unheimlicher Harmonie, wenn man auf vergangene Parteitage zurückblickt.

Der Bundesvorsitzende Bernd Rixinger brachte bei seinem Antrittsbesuch im Norden die parteiinternen Umgangsformen in seiner Ansprache auf den Punkt. Er erinnerte daran, dass die Linke eine pluralistische Partei sei, die verschiedene Strömungen verkörpere. Auf dem Parteitag wurde vereinbart, dass der neue Vorstand sich enger mit den Kreisverbänden verzahnt. Das soll die Schlagkraft und Effektivität erhöhen. Schulz sprach sich in seiner Be-

- Zusammenführen der Datenbanken von RLS und Bundestagsfraktion sowie der Datensammlung der ehemaligen Linken-Landtagsfraktion NRW: mit kommunalpolitischen Musteranträgen, Anfragen und Hintergrundinformationen.

werbungsrede für eine schonungslose Aufarbeitung der verlorenen Landtagswahl aus, ohne in eine Schulddebatte zu verfallen. Er richtete seinen Blick vor allem nach vorne und versprach unter anderem, schwache Kreisverbände stärken zu wollen. Ob der als inhaltliche Parteischmiede installierte Landesrat sich weiterhin behaupten kann, muss sich künftig zeigen, denn zuletzt kam bei zwei anberaumten Zusammenkünften keine Beschlussfähigkeit mehr zustande.

Ein vom bisherigen Vorstand ausgearbeiteter Leitantrag für die Kommunalwahlen wurde zum Arbeitspapier für den neuen Vorstand umgewandelt. Parteichef Rixinger appellierte an die Delegierten, insbesondere die „Rückholung des Öffentlichen“, also die Abkehr von Privatisierung als „Gewinn an Lebensqualität“ vor Ort in den nun anstehenden Wahlkämpfen zu thematisieren. Er rief seine Partei dazu auf, sich nicht nur an sozialen Bewegungen zu beteiligen, sondern deren Motor zu werden.

Der für dreieinhalb Monate wirkende bisherige Übergangs-Landessprecher Klaus-Dieter Brüggemann schrieb den Mitgliedern noch einmal ins Stammbuch, dass Politik nicht nur im Wahlkampf nah am Menschen sein müsse. Ein Politikwechsel sei dem bloßen Schielen auf einen Wahlerfolg im Zweifelsfall vorzuziehen, so Brüggemann.

Doch nicht alle Positionen im neuen Landesvorstand der schleswig-holsteinischen Linken wurden besetzt. So blieb der satzungsgemäß vorgesehene Posten einer Co-Landessprecherin vakant, weil es dafür keine weibliche Kandidatur gab.

Von Dieter Hanisch, Neumünster. „Neues Deutschland“, 1. Oktober 2012

Neu erschienen: Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen institutionalisierte Politik Nr. 21.

Thema: Parteiensystem Bayern in Bewegung – Wo platziert sich Die Linke?

Bayerische Kommunalwahlen 2008: Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen der Linken und linker Bündnisse. Von Marc Grimm.

Voraussichtlich ein, zwei Wochen vor den Bundestagswahlen stehen die bayerischen Landtagswahlen an. Vor fünf Jahren hat die Linke den Einzug in den bayerischen Landtag verfehlt, war aber bei einer Reihe von Kommunalwahlen erfolgreich. Die Studie untersucht, welche Anforderungen an die Landespolitik sich aus den kommunalpolitischen Programmen ergibt. 12 Seiten DIN A4. Download:

www.flink-m.de/uploads/media/20120830_SR_21_Parteisystem_Bayern.pdf

Sämtliche Ausgaben der Studienreihe auch über www.flink-m.de/studienreihe.0.html

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Zoff um die EU-Bankenunion • München: Gedenken an 1938 unter Repressionsdruck • Seehofer und Kretschmann beim BR • PKK-Verbot als Ursache von gewaltsamen Auseinandersetzungen

Geht die SPD nach rechts? Nach links? Auf Die Linke kommt es an

Dokumentiert aus dem Landtagswahlprogramm Die Linke Niedersachsen

Mehr als 40 000 Menschen demonstrieren bundesweit für mehr Gerechtigkeit

„Energiewende“ regional, wie ist demokratischer Einfluss möglich?

Auslandsnachrichten

Spanier fordern Zugang illegaler Einwanderer zum Gesundheitswesen • Spanien: Die Kraft der Empörten • USA: Kritik an T-Mobile wegen Outsourcing • USA: CWA fordert Gesetz gegen Auslagerung von Call-Centern • Wisconsin: Erfolg für Gewerkschaften • China: Aufstand in Foxconn-Fabrik • China: „Samsung, stoppen Sie den Einsatz von Kinderarbeit“ • Indien verschärft Verbot von Kinderarbeit • Pakistan: KiK-Jeans aus Unglücksfabrik • Malediven: Hilton-Luxusresort kein Paradies für Beschäftigte

Aktionen ... Initiativen

Legt den Leo an die Kette • Internationaler Afghanistan Friedenskongress 2012 • Flüchtlings-Protestmarsch durch die Leipziger Innenstadt • Die Reichen werden immer reicher • Stoppt die MOX-Transporte!

Laden-Netzwerk als Möglichkeit für ehemalige Schlecker-Beschäftigte

Luxussanierungen in der Neckarstadt Ost – Machtlos gegen Gentrifizierung?

Kommunale Politik

Neue Zähler gegen Energiearmut: Linke begrüßt Maßnahmen gegen Stromsperren. Köln • Jährlich 110 000 Melde-registeranfragen bringen Gebühren in Höhe von 400 000 Euro. Bonn • Die Linke verurteilt den mangelnden wohnungspolitischen Tatendrang der anderen Fraktionen. Kiel • Rat der Stadt Duisburg erklärt Beitritt zur Kampagne „Vermögenssteuer jetzt!“ • Trend zur Rekommunalisierung hält an – Leit-faden Konzessionsverträge veröffentlicht: Gemeinsame Erklärung von Städtetag, Gemeindebund und VKU

Arbeit an einem asbestfreien Europa

Wirtschaftspresse

Assoziationen zwischen politischen Parteien und politikrelevanten Begriffen

Kritik der Darstellung von Gewalt als Ersatz für Kritik an Gewalt?

NRW-LAG Kommunalpolitik der Linken gegründet

Neustart an der Kieler Förde?

Neuerscheinung bei der Rosa Luxemburg Stiftung: Sozialdemokratische Zumutungen in Kroatien

Bei der Rosa Luxemburg Stiftung ist jetzt in der Reihe Standpunkte International neu erschienen eine Bewertung des Regierungswechsels in Kroatien vor dem EU-Beitritt des Landes 2013. Der Autor Krunoslav Stojakovic meint ganz kurz zusammengefasst: Auch die neue Regierung fährt einen neoliberalen Kurs. Etwas ausführlicher:

„Nach den letztjährigen Parlamentswahlen und dem Sieg der sozialdemokratisch geführten Kukuriku-Koalition keimte kurzzeitig die Hoffnung auf, dass die bis dahin vorherrschende klientelistisch-neoliberale Ausrichtung der kroatischen Wirtschaftspolitik einer kritischen Überprüfung unterzogen und ein Kurswechsel erfolgen würde. Der Wahlkampf und die programmatischen Grundaussagen der sozialdemokratischen SDP ließen auf diese Möglichkeit schließen. Doch kaum an die Macht gelangt, entpuppte sich die neue Koalition als unwillig, den Pfad des neoliberalen Dogmas zu verlassen. Vielmehr erleben wir eine nahtlose Fortsetzung der bisherigen Politik, deren negative Konsequenzen auch weiterhin hauptsächlich von den ArbeiterInnen getragen werden müssen.“

Interessant ist außerdem, dass Krunoslav Stojakovic die Idee einer „Balkanföderation“ angesichts der real existierenden Europäischen Union für wenig brauchbar hält.

Unter dem Titel „Für eine sozialistische Perspektive Europas“ schreibt er: „Eine kritische Analyse sowohl der sozioökonomischen als auch der politischen Situation kommt nicht umhin, das politische System des gegenwärtigen Parlamentarismus auf seine Demokratietauglichkeit hin zu hinterfragen. Seitdem in Italien ein technokratisches Regime installiert worden ist und auch die griechischen Sozialdemokraten nach den letzten Wahlen auf die Entsendung eigener Minister in die neue Regierung zugunsten von erkorenen, aber nicht demokratisch gewählten „Spezialisten“ verzichtet haben, drängt sich die Frage auf, mit welcher Form des parlamentarischen Systems wir es hier zu tun haben. (...)“

Im Kukuriku-Kroatien gibt es eine ähnliche Deformation der Demokratie: Einerseits ist die Entscheidungsautonomie der kroatischen politischen Klasse

selbst eine Karikatur, andererseits hebt dieselbe politische Klasse jegliche demokratische Regung innerhalb der Bevölkerung aus, indem sie auf die ideologische Notwendigkeit der Außer-kraftsetzung demokratischer und ökonomischer Teilhaberechte verweist. „Finanzialisierung, Kürzungsdiktate, Privatisierung, Flexibilisierung, Prekarisierung, Entdemokratisierung“ – dies sind die Zutaten, derer sich der herrschende „neoliberale Machtblock“ bedient, um die europäische Peripherie im Südosten, zu der nicht nur Kroatien, sondern auch das bisherige Musterlande Slowenien, die beiden EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien sowie Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Makedonien gehören, geradewegs in eine allgemeine gesellschaftliche Depression und eine lang anhaltende Abhängigkeit zu führen.

Der ehemalige Studentenaktivist und renommierte (Mit-) Herausgeber der New Left Review, Tariq Ali, hat sich unlängst auf dem Zagreber „Subversive Festival“ im Mai diesen Jahres als Befürworter einer „Balkanföderation“ geoutet. Seiner Ansicht nach sei dies die einzige Möglichkeit, dass sich die Balkanstaaten gegen die Vormachtstellung der westlichen Großökonomien durchsetzen können. „Es lohnt sich darüber nachzudenken“, so schreibt er in der Begleitpublikation zum Festival, „um den engen Rahmen des Nationalismus zu durchbrechen, der diese Länder ruiniert hat, und um die bürokratische Okkupation abzuschütteln.“ Ob eine solche Konkurrenzveranstaltung der armen südosteuropäischen Peripherie zur EU tatsächlich einen Fortschritt in dieser Region darstellen würde, sei ebenso dahingestellt wie die Frage, welche Konzeption hinter einer Balkanföderation stehen sollte und mit welchem politischen Personal dieses Projekt gegenwärtig überhaupt umgesetzt werden könnte.

Weitaus interessanter ist die Frage, wie die Dominanz der westlichen Großökonomien im Rahmen einer schon bestehenden Föderation namens Europäische Union gebrochen werden kann, damit diese ihrem eigentlichen Sinn nachkommt, nämlich die Menschen in Europa zu verbinden und nicht lediglich Handlanger des europäischen Kapitals zu sein.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 2. November 2012, Redaktionsschluss: Freitag, 26. Oktober.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 2. November, 30. November, 9. Januar 2013, 6. Februar, 6. März.